

Wöchentlich 50 Pf., monatlich 1,50 M., im voraus zahlbar, Postweg 4,25 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren, Zustandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Multiplizierte Beilagen: „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner: „Frauenstimme“, „Tehnt“, „Blatt in die Bücherwelt“, „Jugend-Vorwärts“ und „Einheitsblatt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
9. Dezember 1930
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampagne gegen die 60 Pfennig-Beilage, die am 1. Dezember 1930 im „Vorwärts“ erschienen ist, hat sich als einseitig erwiesen. Die Beilage ist ein wertvolles Organ, das die Arbeiterbewegung in der Provinz und im Ausland über die Lage in Berlin und in Deutschland informiert. Die Beilage ist ein wertvolles Organ, das die Arbeiterbewegung in der Provinz und im Ausland über die Lage in Berlin und in Deutschland informiert.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontonr.: Berlin 37 556. — Bankkontonr.: Bank der Arbeiter, Angehörigen und Beamten, Lindenstr. 3, Tel. B. u. Eise.-Bef., Depositionsk., Jerusalemstr. 65/66.

Ramsfin und Genossen begnadigt.

Der Theaterprozess beendet.

Romno, 8. Dezember.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Präsidium des Volksgewichtes der Sowjetunion nach einem kurzen Vortrag des Vorsitzenden Kassin das Gnadenersuchen der Verteidiger des zum Tode verurteilten Ramsfin und seiner vier Genossen genehmigt. Die Todesstrafe wurde in eine Gefängnisstrafe von zehn Jahren umgewandelt; außerdem wurden den Verurteilten die Bürgerrechte auf fünf Jahre aberkannt.

In der Begründung wird erklärt, die Angeklagten seien begnadigt worden, da sie ihre Schuld eingestanden und mitgeholfen hätten, die antisowjetische Organisation auszuheben. Außerdem sei die politische Lage im Lande so stabil, daß dieser Schritt habe unternommen werden können.

Ein Musterwirtschaftsland.

Wenn der Moskauer Prozessbericht wirklich stimmte...

Wer als denkender Mensch die offiziellen Berichte über den Moskauer Schädlingeprozess gelesen hat, der hat sich aus den Mustergeständnissen der Musterangeklagten seinen Vers gemacht. Aber der Kommunist denkt nicht, er glaubt. Und von seinem Glauben ist der Mensch schwer abzubringen, die- weil der Glaube selig macht.

Deshalb wollen wir unseren Kommunisten zu Gefallen auch einmal den Moskauer Bericht glauben, wir wollen, wie der Jurist sagt, alle Angaben Moskaus über den Schädlingeprozess „als wahr unterstellen“. Wir finden: wenn das wirklich alles stimmt, dann ist es für Moskau noch viel trauriger, als wenn der ganze Prozess — wofür wir ihn bisher hielten — nur erlogene Mache wäre.

Wo gibt es das noch einmal auf der Welt? Eine Schädlingeorganisation von einigen Schädlingen, die — im Solde des feindlichen Auslands stehend — die gesamte Industrie eines großen Landes, namentlich auch mit Hinblick auf einen kommenden Invasionskrieg sabotiert? So sagt es doch der Bericht. Munitionsfabriken wurden so nahe am Strande erbaut, daß feindliche Kriegsschiffe sie bequem zerdrücken konnten; Lokomotiven wurden so schwer konstruiert, daß sie die Gleisanlagen in Klump fuhren; alles und jedes wurde falsch kalkuliert und falsch disponiert. Und das ging jahrelang ungestört weiter, brachte die ganze Industrie des Landes in größte Verwirrung, bis endlich die schlaue G.P.U. dahinterkam.

Hier freut sich natürlich der gläubige Bolschewik. Ist doch eine feine Sache, diese G.P.U.! Ist schließlich doch dahintergekommen, ehe es gänzlich zu spät war. Ach, lieber Bolschewik,

soltest du nicht viel eher darüber weinen, daß erst eine G.P.U. nötig ist, um zu bemerken, daß seit Jahr und Tag die Gesamtindustrie des Landes systematisch ruiniert wird?! Das ist also das Resultat von 13 Jahren Sowjet-herrschaft, daß nicht ein einziger kommunistischer Betriebsleiter, daß nicht ein einziger kommunistischer Ingenieur gemerkt und weiter gemeldet hat: „Hier stimmt etwas nicht, hier wird sabotiert.“

Wir verstehen, daß die Bolschewiki bei ihrer Herrschaftsübernahme zunächst die bürgerliche Intelligenz und das bürgerliche Spezialistentum geradezu mit Gewalt heranziehen mußten. Aber wir schreiben doch nicht mehr 1920, sondern 1930. In dem Jahrzehnt nach den Bürgerkriegen soll doch, immer nach kommunistischer Behauptung, aus gänzlich umgestellten Hochschulen eine neue Intelligenz rein proletarischer Abstammung von ausgesucht bolschewistischer Gesinnung hervorgegangen sein. Offenbar hat dieser Nachwuchs aber auf den bolschewisierten Hochschulen so wenig gelernt, daß er den bürgerlichen Spezialisten noch nicht einmal auf die Finger sehen, geschweige denn ihre Funktionen übernehmen kann. Wie wäre es sonst möglich und denkbar, daß nach 13 Jahren angeblicher proletarischer Klassenherrschaft alle leitenden Posten der Wirtschaft sich immer und immer noch in den Händen der „bürgerlichen Klassenfeinde“ befinden?!

Stimmt also der amtliche Prozessbericht, dann stellt er der Sowjetwirtschaft ein erschreckendes Armutszeugnis aus. Keine eigene wirtschaftliche Leitung, noch nicht einmal wirtschaftliche Kontrolle. Die vollkommene Desorganisation der Wirtschaft, wie sie sonst in keinem Lande denkbar wäre, muß erst von der Kriminalpolizei in Gestalt eines Komplotts nachgewiesen werden, ehe die bolschewistische Zentralregierung Stalins sie bemerkt! Was nun, wenn der Spürsinn der braven G.P.U. versagt hätte? Nach dem offiziellen Bericht müssen wir annehmen: die gesamte Industrie Rußlands wäre dann in ein grenzenloses Chaos geraten, wäre vollkommen zum Stillstand gelangt, ohne daß sich die bolschewistischen Staatslenker um Stalin dies hätten erklären können.

Das ist die Quintessenz des Moskauer Prozessberichtes. Möchten ihn da nicht selbst unsere deutschen Kommunisten lieber für einen tendenziösen Schwindel halten?! Daß er es ist, beweist die Begnadigung der zum Tode Verurteilten. Sie haben sich durch falsche Geständnisse das Leben erkaufte. Aber achtunddreißig sind vor ihnen ohne Urteil erschossen worden! Und wieviele werden folgen?

(Siehe auch dritte Seite.)

Gegen die Kriegsheker!

Organisiert die Abwehr!

Eine Woge des nationalistischen Wahnsinns rollt durch Deutschland. Der Wahlerfolg der Nationalsozialisten am 14. September hat nicht nur die Sieger berauscht, sondern auch die Besiegten aus dem bürgerlichen Lager. Sie starren wie hypnotisiert auf den Erfolg. Die Deutschnationalen im Reichstag haben sich vollständig dem nationalsozialistischen Kommando unterstellt. Wirtschaftspartei und Landvolk, Christlichsoziale und Konservative fürchten, das letzte Stückchen Boden unter den Füßen zu verlieren, wenn sie nicht mitmachen. In der Deutschen Volkspartei ist die Neigung, den Weg Stresemanns zu verlassen und den Spuren Hitlers zu folgen, keineswegs gering.

Zur Mehrheit brauchen die vereinigten Nationalisten entweder das Zentrum oder die Kommunisten. Das Zentrum hält einstweilen noch stand. Aber die Kommunisten haben sich schon wiederholt bereitwillig zur Verfügung gestellt. Ohne sie wären die lächerlichen Beschlüsse des Auswärtigen Ausschusses auf Rückberufung Bernstorffs aus Genf und auf Abbruch aller Wirtschaftsverhandlungen mit Polen nicht möglich gewesen. Auch in Zukunft scheinen die Kommunisten bereit zu sein — sei es auch von ganz anderen Absichten ausgehend —, zunächst einmal in der Front des bürgerlichen Nationalismus mitzukämpfen.

Daraus ergibt sich ein Zustand, der für die Außenpolitik des Deutschen Reiches die allerschwersten Gefahren in sich birgt. In der nächsten Zeit wird es sich entscheiden, ob wieder die Kräfte oben auf kommen sollen, die Deutschland ins Verderben gestürzt haben.

Der extreme Nationalismus ist im politischen Leben Deutschlands nicht neu. Nur daß er vor dem Kriege sein scharfmacherisches Unternehmertum offen zur Schau trug, während er jetzt eine sozialistische Maske vorgebunden hat, macht den Unterschied zwischen einst und jetzt.

Diesem Nationalismus war, von Bismarck angefangen, noch jeder deutsche Kanzler, noch jede Reichsregierung in außenpolitischen Fragen viel zu schlapp. Es ist grotesk, daß gerade er den „Widerruf der Kriegsschuldfrage“ verlangt; denn wäre das kaiserliche Deutschland seinen Ratsschlägen gefolgt, dann hätte es sich an der Entstehung des Weltkriegs hundertprozentig schuldig gemacht. In Wirklichkeit sind die ehemaligen kaiserlichen Regierungen, eben weil sie sich weigerten, mutwillig in den Krieg zu gehen, ebenso beschimpft worden wie später die republikanischen.

Der Kriegsausbruch wurde nicht als schreckliche Tatsache aufgenommen, die jedermann die Pflicht zur Landesverteidigung auferlegte, sondern er wurde mit Jubel begrüßt. Bald danach wurde der kaiserliche Kanzler Bethmann Hollweg in geheimen Flugschriften beschuldigt, ein Freund Englands zu sein und zugunsten Englands eine energische Kriegsführung zu verhindern. Sozialdemokratische Versuche, den Krieg vor der sonst unvermeidlichen Niederlage mit einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen zu beenden, wurden als erschreckenswürdiges Landesverrat niedergebüllt. Man mußte doch Belgien haben, mußte von Amerika Kriegsentchädigungen bekommen — und als schließlich der ganze Wahnsinn zusammenbrach, mer hatte die Schuld? Natürlich Juden, Pazifisten und Sozialdemokraten!

Es ist eine niederträchtige Tatsache, daß große Teile des deutschen Volkes aus der Geschichte nichts gelernt haben! Sie laufen schon wieder dem nationalistischen Schwindel nach und rennen blindlings ins Verderben.

Es muß offen ausgesprochen werden, daß die zähe, geduldige und keineswegs erfolglose Arbeit, die in den letzten zwölf Jahren geleistet wurde, um die Lage des geschlagenen Deutschland zu erleichtern, mit der Vernichtung bedroht ist, wenn die heulenden Derwische des Nationalismus entscheidenden Einfluß auf die deutsche Außenpolitik gewinnen.

Jetzt berufen sie sich gern auf Bismarck. War es nicht Bismarck, der in Beziehung auf die auswärtige Politik das Bild von der Artischode prägte, die man nur blattweise essen kann? Sie aber möchten auf einmal alles haben: Aufrüstung und Erlaß der Kriegsentchädigungen, Winderheitenbeschau, Grenzrevision, Kolonien. Sie empfehlen als Mittel, um dies alles zu erreichen, Schluß mit der Verständigungspolitik und Austritt aus dem Völkerbund.

Wenn man sie fragt, wie sie ohne Verständigung all das bekommen wollen, wie sie die Winderheiten schützen wollen, wenn Deutschland aus dem Völkerbund austritt und damit auf sein Recht zum Schutz der Winderheiten freiwillig

Mussolini rüstet Stalin auf.

Die faschistisch-bolschewistische Freundschaft tritt immer zynischer zutage.

Rom, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Zusammenhang mit dem von dem russischen Außenminister Litwinow kürzlich erweilerten Abmachungen über den Bau von Kriegsschiffen in dem faschistischen Italien für die bolschewistische Marine ist der Stapellauf eines dritten Motorschiffes in Triest zu verzeichnen, das auf Konto der Sowjetregierung in Italien gebaut wurde. Der russische Konsul und ein italienischer Admiral wohnten dem faschistisch-bolschewistischen Festakt bei.

Der Rüstungskampf Frankreich-Italien.

Paris, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Angelehnt der innerpolitischen Aufregung der letzten Tage hat man in Paris die jüngsten Ereignisse in der Außenpolitik völlig vernachlässigt. So wußte die italienische Presse vor einigen Tagen zu melden, daß der am 31. Dezember ablaufende Rüstungsstillstand für die Flottenrüstungen in Frankreich und Italien um drei Monate verlängert worden sei. Der Dnoi d'Orsay hat diese Nachricht, die wohl mehr ein Verlustballon sein sollte, sofort dementiert. Aber nur ein einziges Blatt, der „Petit Parisien“, hat von diesem Zwischenfall Kenntnis genommen.

Wie nun das „Echo de Paris“ berichtet, beabsichtigt Italien, das allein aus finanzieller Schwäche einem im neuen Jahre wieder einsetzenden Rüstungswettrennen mit Frankreich nicht folgen könnte, einen Vermittlungsversuch zu unterbreiten. Danach soll Frankreich einen Vorsprung von 200 000 Tonnen vor der italienischen Flotte behalten, doch sollen 25 000 Tonnen dieser Überlegenheit zur See aus 11-Booten bestehen, während sich der Rest aus alten Einheiten

der französischen Kriegsmarine zusammensetzen soll. Diese Einschränkung setzt natürlich den Wert des italienischen Vorschlages so sehr herab, daß er in Paris kaum Aussicht auf Annahme hat.

Barthou gescheitert.

Senator Pierre Laval versucht ein Kabinett zu bilden.

Paris, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Regierungskrise in Frankreich läuft in den ehernen Bahnen des traditionellen Programms ab. Nachdem Barthou an der für die Radikalen unannehmbaren Forderung Lardieus, auch Marin in die Regierung aufzunehmen, gescheitert war, wandte sich Präsident Domergue an den Senator Pierre Laval. Laval hat sich, wie üblich, eine Bedenkzeit von 24 Stunden erbeten, um vor Erteilung seiner endgültigen Antwort seine politischen Freunde zu Rate zu ziehen.

Laval begann seine Besuchsreise bei Poincaré, Briand und Lardieu. Nach einem Frühstück mit Lardieu besuchte er Maginot, de Chappedelaine und Paganon. Mit welchem Erfolg läßt sich vorläufig noch nicht sagen. Die Aufgabe, die er zu lösen hat, ist die gleiche, an der Barthou gescheitert ist: ein Kompromiß zwischen den Radikalen und der alten Lardieuschen Mehrheit zustande zu bringen. Laval bringt für seine Versuche größere Jugend und Elastizität und vor allem größere Sympathien im Parlament mit, als sie Barthou besaß. Es scheint trotzdem zweifelhaft, ob das Format Laval der Größe seiner Aufgabe gewachsen ist.

verzichtet, oder wie das zugehen soll, daß das normals feindliche Zustand durch Schuldenerlaß Deutschland freiwillig die Mittel zum Wiederaufstehen liefert — ja dann heulen sie auf. Bedenken Versuch, sie zu einer vernünftigen Ueberlegung zu bringen, beantworten sie mit einem Lobsuchtsanfall.

Wir vergessen keinen Augenblick den Nährboden, auf dem diese Stimmungen erwachsen sind. Dem deutschen Volk ist viel Unrecht geschehen, und der Kampf gegen dieses Unrecht ist notwendig und gerecht. Nicht darum geht es, sondern vielmehr darum, daß jeder erfolgreiche Kampf für das Recht des deutschen Volkes durch dieses sinnlose Treiben vereitelt wird.

In Polen ist der deutschen Minderheit schlimmes Unrecht geschehen. Der „Vorwärts“ hat als erster gefordert, daß sich die deutsche Regierung mit den ihr vertragsmäßig zustehenden Mitteln für die Verfolgten einsetzt. Die Regierung hat seitdem die dazu notwendigen Schritte eingeleitet. Die sogenannte „nationale Opposition“ hat aber alles getan und tut weiter alles, um die Arbeit der deutschen Regierung in Genz zu erschweren und durch ihre Heße den Polen neue Bundesgenossen zuzutreiben.

Frägt man sie, wie sie sonst den Deutschen in Ostoberschlesien helfen will, so ist die Antwort — ein Lobsuchtsanfall. Es ist jetzt soweit, daß es mit brutaler Deutlichkeit ausgesprochen werden muß: Wird diesem Treiben nicht von innen Einhalt getan, so wird es über kurz oder lang zu einem neuen Kriege führen und — angesichts der veränderten Kräfteverhältnisse — zum physischen Untergang des deutschen Volkes!

Von der Reichsregierung muß verlangt werden, daß sie eine nationale Politik treibt, die das Gegenteil der nationalsozialistischen Politik ist. Nationale Politik ist Politik der Selbsterhaltung, nationalsozialistische Politik aber ist Selbstvernichtung der Nation.

Arbeiter, Sozialdemokraten, alle, denen das Wohl des deutschen Volkes wirklich am Herzen liegt: Auf zum Kampf gegen den Volksvernichter Nationalismus!

Der Kampf um Curtius.

Außenpolitische Debatte oder nicht? — Dingeldey bei Brüning

Der Reichstag wird am Schluß seiner heutigen Sitzung zu entscheiden haben, ob morgen eine außenpolitische Debatte stattfinden soll oder nicht. Eine Vertagung kommt jedoch nicht in Frage, es liegt auch sonst noch Beratungsstoff genug vor. Gelingt es der „nationalen Opposition“, die außenpolitische Debatte zu erzwingen, so wird die Regierung Brüning-Curtius in den nächsten Tagen noch einmal um ihre Existenz kämpfen müssen.

Der Reichkanzler empfing am Montagmorgen den Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Dingeldey zu einer Aussprache über die politisch-parlamentarische Lage. Die Aussprache war notwendig geworden schon wegen der Magdeburger Scholz-Rede des Herrn Dingeldey, die so außergewöhnlich war, daß die parlamentarische „Nat. Corresp.“ bereits einspringen muß, um mitzutun, daß die Rede von den Berichterstattern — tendenziös wiedergegeben worden sei.

Am Dienstagvormittag werden der Reichkanzler und der Reichsaußenminister mit einem Teil der bisher noch hinter der Regierung stehenden Parteien Besprechungen über die Außenpolitik bzw. das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen führen.

Hitler-Wahl und Völkerverfrieden.

Französischer Vortrag in Berlin.

Jacques Kayser, Generalsekretär der Internationale der Völkerverfriedenung und Chefredakteur der Pariser Zeitung „La République“, sprach in einer Versammlung der Deutschen Liga für Menschenrechte über die deutsch-französische Verständigung nach der jüngsten Reichstagswahl. Er mahnte die Deutschen, doch eingedenk zu sein, wie

Frankreich unter der vierjährigen Besetzung gelitten habe, daraus könne man verstehen, daß Frankreich Sicherheit gegen eine Wiederholung solchen Verbleides haben wolle, und daß es nach dem Krieg zu Maßnahmen gegriffen habe, die Deutschland feindlich empfinden mußte. Auf der anderen Seite habe die französische Liga ihren Vorgesandten vor, daß auch die französische Republik aus der Niederlage des Kaiserlichen Krieges hervorgegangen ist, und die schwersten Krisen durchmachen mußte, bevor ihr Bestand endgültig gesichert war.

Der Vortragende sprach dann darüber, daß die Reparationslasten in Deutschland vielfach als die Ursache der Wirtschaftskrise angesehen werden. Man möge doch bedenken, daß Deutschland an Frankreich nur zahlen müsse, weil Frankreich seine Kriegsschulden an Nordamerika

begleichen muß. Vielleicht gelingt es einmal dem solidarischen Vorgehen Deutschlands und Frankreichs, die Schuldensituation in Washington zu erreichen. Dann hob er die überragende Bedeutung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit für alle Streitfragen hervor und erwähnte unter lebhaftem Beifall, wie Außenminister Briand einige Tage nach der für Frankreich ungünstigen Entscheidung des Haager Schiedsgerichts in einem Konflikt mit der Türkei vor der Kammer erklärte, er habe von dieser Entscheidung gehobenen Sinnes Kenntnis genommen, denn sie stelle einen Triumph der Schiedsgerichtsbarkeit dar.

Schließlich behandelte der Vortragende auch das schwierige Problem der Abrüstung und meinte dabei, Deutschland und Frankreich könnten sich darüber wohl verständigen, aber sie hätten ja auch noch andere Nachbarn. „Mit bemerkenswerter Deutlichkeit betonte Kayser, daß es

ewig unabänderliche Staatsverträge nicht gebe.

Es sei ein gewaltiger Fortschritt, daß die Völkerverfriedenung den Weg zur Wenderung unerträglich gewordenen Bestimmungen weise. Mit dem Ausblick auf die alleuropäische Föderation und auf die Unsicherheitsgrenzen der Grenzen schloß der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag, in dem er nach Jean Jaures die Worte Schiller-Beethovens zitierte: „Alle Menschen werden Brüder“.

Wahltag in Finnland.

Starker Zuwachs in der Hauptstadt.

Helsingfors, 8. Dezember.

Die Ergebnisse der Gemeindevahlen sind erst aus der Hauptstadt bekannt. Die neue Helsingforser Stadtvertretung besteht aus 22 Sozialdemokraten (9 mehr als bisher), 20 Schweden (— 2), 13 Regierungsparteilern (+ 4), 4 Fortschrittler (— 1). Bisher hatten die Kommunisten 10 Mandate. Nach dem Verbot der kommunistischen Partei haben ihre Wähler für die Sozialdemokratie gestimmt.

Paul Löbe über die Hitler-Partei.

Massenfundgebung gegen den Faschismus.

Schon lange vor Beginn der Versammlung, die der 5. Kreis der Berliner Sozialdemokratie im Saalbau Friedrichshagen abhielt, mußte der Zutritt wegen Ueberfüllung teilweise gesperrt werden. Viele Hunderte mußten unversichert Dinge wieder umkehren.

Badend und begeistert sprach Theo Marx den Appell „Drei Minuten Gehör“. Dann nahm, stürmisch begrüßt, Genosse Löbe das Wort. „Das Wahlergebnis des 14. September hat zu einer großen schmerzhaften Bewegung der Arbeiterklasse gegen den Faschismus geführt. Von der Ostmark bis zum Rhein, von Schleswig bis herunter nach Bayern, allüberall finden überfüllte Kundgebungen und Versammlungen der Partei statt. Der 14. September hat die Situation der Arbeiterklasse von Grund aus geändert. Der Wahlkampf konnte sich richten gegen eine bürgerliche Regierung, deren Maßnahmen nicht den Interessen der Arbeiterklasse entsprachen. Nach dem 14. September aber sehen wir, daß ein gefährlicher Feind droht. Gegen ihn mußten wir uns zuerst wenden, ihm mußten wir, um das Schlimmste zu verhüten, kraftvoll begegnen.“

Die sogenannte Nationalsozialistische Arbeiterpartei ist heute der gefährlichere Feind unserer Sache. Im Reichstag, in Thüringen, in Mecklenburg, in Braunschweig und in den Gemeinden, in denen sie Einfluß hat, geht sie mit den extrem kapitalistischen Parteigruppen zusammen. Sie stimmt gegen alle Anträge, die im Interesse der Arbeiterschaft gestellt werden. Ihrem angemessenen Namen Arbeiterpartei zum Trotz sucht sie Anschluss an die Rirdorf und Thyssen, durch den Industriellen Reichberg biederer sie sich bei französischen Chauvinisten in einer Reihe an, deren sich jeder Deutsche schämen muß. Ihr Name ist eine Lüge. Die Weltwirtschaftskrise, die ungeheure Reparationsbelastung des deutschen Volkes und der Gedanke, daß man den Knoten nicht entwirren, sondern zerbrechen müsse, haben diese Partei des Widerstands groß werden lassen.

Wir Sozialdemokraten, deren geschichtliche Tradition es ist, nicht Köpfe rollen zu lassen, sondern Köpfe zu erheben und aufzutreten, müssen mit vervielfachter Energie an die Arbeit gehen. Aber wir sagen dem Faschismus mit aller Deutlichkeit:

Wir er es darauf ankommen lassen, so bekämpfen wir ihn mit den Mitteln, die er in seinem Kampfe gegen uns braucht. (Stürmischer Beifall.) Wir sind mit Stöcker und mit Liebermann von Sonnenburg fertig geworden, wir werden auch mit Hitler fertig werden. (Erneute Zustimmung.)

In den Mittelpunkt seiner Rede stellte Löbe eine Würdigung der Wirtschaftslage vom sozialistischen Standpunkt aus. „Nicht die Apothekenrezepte des Herrn Ströher werden die Wunden, die der Kapitalismus schlägt, heilen können. Heilung schafft nur die durch die Demokratie zu erreichende Umwandlung der kapitalistischen Anarchie in eine sozialistische Ordnung. Sozialistische Ordnung kann aber niemals durch eine Diktatur erreicht werden. Das beweist ein Blick auf das bolschewistische Rußland.“

Am Schluß seiner anderthalbstündigen Rede setzte sich Löbe mit einer Anfrage der „Roten Fahne“ auseinander. „Die Kommunisten wollen von uns eine Aufklärung über die Gründe der Abstimmung unserer Fraktion am vergangenen Sonnabend. Die Lage ist so: Als wir im Juli die Rotverordnungen der Regierung Brüning verwarfen und dadurch die Auflösung des Reichstags herbeiführten, sagten wir uns: dieses Regierungsgebäude gefällt uns nicht, wir wollen ein besseres Haus zu bauen suchen. Die Wahlen vom 14. September stellten uns durch den Sieg der Nationalsozialisten vor die Aussicht, das Gebäude der Regierung Brüning mit einem Kellerloch vertauschen zu müssen. Wir bemühten uns, den schlimmsten Unrat aus dem Gebäude der bürgerlichen Regierung zu entfernen, indem wir in den für die Arbeiterschaft drückendsten Fragen der Sozial- und Krankenversicherung die schlimmsten Mängel der Rotverordnungen beseitigten. In dieser Arbeit werden wir fortfahren und wir glauben dadurch der Arbeiterklasse besser zu dienen als wenn wir die Staatsmacht den Hitler und Hugenberg überlassen.“

Löbes Rede endete mit einem begeistert aufgenommenen Appell zum gemeinsamen Kampf gegen den volksverderbenden Faschismus. Genosse Buchmann schloß die Kundgebung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Hitlers Ehrengarde.

Die „Sieger“ von Bonn.

Bonn, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Am Sonntagabend kam es in Bonn zu schweren Ausschreitungen der Nationalsozialisten. In den Melbungen des hiesigen Wolff-Büros und anderer Depeschbüros wird der Vorfall so dargestellt, als ob die Nationalsozialisten von Kommunisten gereizt worden wären. Demgegenüber ist folgendes festzustellen:

Trotzdem die Polizei einen Umzug der Nationalsozialisten, die in großer Zahl von auswärts zusammengezogen waren, verboten hatte, marschierten die Nationalsozialisten durch die Altstadt. Hier kam es bald zu schweren Zusammenstößen. Eine Person wurde getötet, sieben wurden schwer und viele leicht verwundet. Während des Umzuges stürzte plötzlich am Südfeld der letzte Teil der Horde unter Gebrüll und Gejohle mit Steinen bewaffnet nach der Sandtaule, wo sie wie die Vandalen hausten und alle Zivilpersonen vor sich herjagten. Aus der Schule entwichene Hitler-Jünglinge verletzten die Schutzkinder vor dem am Südfeld angepflanzten jungen Bäumen auszureißen, wahrscheinlich um die Bäume zu fällen und sie als Schlagwaffe zu benutzen. In der Engellstraße drangen etwa 15 Nazis ohne jeden Grund in eine Wohnung ein, demolierten sämtliche Fenster-scheiben und warfen ein Fahrrad und einen Koffer durch die Fenster auf die Straße. Auf der Sandtaule zerlegten sie in einer Wohnung, ohne daß darin jemand gewesen wäre oder jemand darin Zuflucht gesucht hätte, aus purer Zerstörungswut ebenfalls die Fensterscheiben. Aus den Haustüren und Geschäften herausgetretene Personen wurden unter Androhung von Schlägen wieder hineingeführt. In der Josephstraße schrie die Bande den am Fenster stehenden Personen zu: Fenster zu oder es knallt! Kurz darauf fielen tatsächlich Schüsse. Erst als die aus Köln verstärkte Polizei eingriff, fanden die Ausschreitungen ihr Ende.

Insgesamt wurden 20 der Rotwüts festgenommen. In ihrem Besitz wurden Pistolen, Messer, Schlagringe, Totschläger, Eisenrohre, Stuhlbeine usw. gefunden.

In Köln wurde Sonntag, nachts gegen 11 Uhr, in der Nähe eines nationalsozialistischen Verkehrslokals ein jugendlicher Kommunist von einem Nationalsozialisten erschossen.

Dortmund, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Der vor wenigen Tagen hier im Verlauf eines Zusammenstoßes zwischen Nazis und Kommunisten schwer verletzte Nationalsozialist Höb ist seinen Verletzungen erlegen. Inzwischen ist festgestellt worden, daß Höb, der während des Zusammenstoßes mit einem Dolch vorwärtslief, von hinten, wahrscheinlich also von Hitler-Deuten, angeschossen wurde.

Die Kürzung der Beamtenegehälter.

Die Sozialdemokratie beantragt Staffelung.

Die Rotverordnung vom 1. Dezember 1930 sieht auch die angekündigte Kürzung der Beamtenegehälter um 6 Proz. vor. Von allen Bezügen soll ohne Rücksicht auf ihre Höhe ab 1. Februar 1931 der gleiche Abschlag gemacht werden. Daß diese Regelung in hohem Maße ungerecht ist, weil sie die niedrigen Einkommensbezieher härter trifft als die Bezieher der hohen Gehälter, ist in letzter Zeit zur Genüge betont worden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat jetzt einen Gesetzentwurf eingebracht, der diese unbillige Kürzung der Rotverordnung durch eine Staffelung der Kürzung mildern will. Er sieht vor, daß die niedrigen Jahresbezüge bis zu 3000 M. um 4 Proz., die Bezüge von 3000 M. bis 4000 M. um 5 Proz. und erst die von 4000 bis 5000 M. um 6 Proz. gekürzt werden. Eine härtere Kürzung ist für die Jahresbezüge von über 5000 M. vorgesehen. Bei den Bezügen zwischen 3000 und 5000 M. soll der Abzug 8 Proz., und bei allen höheren Bezügen 10 Proz. betragen. Diese härtere Kürzung der hohen und höchsten Jahresbezüge erscheint gerechtfertigt, weil bei der Beförderungserhöhung von 1927 die hohen Gehälter besonders begünstigt wurden. Eine Verminderung der durch die Gehaltskürzung beabsichtigten Einsparungen wird nach dem sozialdemokratischen Vorschlag nicht eintreten.

Halle, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilte das Schöffengericht Halle das Mitglied der Nazi-Partei Jähne zu 6 Monaten Gefängnis. Jähne hatte mit einigen seiner Kumpane am 22. Juli den Gauferretär des Reichsbanners in Halle überfallen und so lange mißhandelt, bis er bewußtlos am Boden liegen blieb. Als die Frau des Ueberfallenen ihrem Gatten beistehen wollte, stürzte der Rotwüt auch auf die Frau und trat ihr mehrmals in den Leib. Wegen dieser That erhielt Jähne einen Strafbefehl über 3 Monate Gefängnis. Nur dank der Unerschrockenheit, daß er mit dieser verhältnismäßig geringen Strafe nicht zufrieden war und mit Hilfe von Nazis sich freischwören wollte, war eine schärfere Bestrafung durch das Schöffengericht möglich, die dann entsprechend dem neuer Antrage des Staatsanwalts auf 6 Monate Gefängnis lautete. Widerwärtig Umstände wurden den Angeklagten verjagt wegen der Tat und weil es sich zugleich um einen rohen Angriff auf eine Frau handelte.

Nazikampf gegen die Schule.

Der Gau-Franzen verbietet...

Braunschweig, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Naziminister Franzen hat sich einen neuen Uebergreif erlaubt und die Reichsverfassung wieder einmal selbstherrlich außer Kraft gesetzt, indem er den Lehrern der weltlichen Schulen des Landes Braunschweig jede Werbetätigkeit für ihre Schulen (auch außerhalb des Dienstes) untersagt hat.

Die weltlichen Schulen des Landes haben besonders in letzter Zeit eine glänzende Entwicklung genommen. Allein in der Stadt Braunschweig besuchen über 3000 Kinder die weltlichen Schulen, während die evangelischen Schulen nur noch von ungefähr 7000 Kindern besucht werden. Der Prozentsatz der Kinder, die Religionsunterricht nicht mehr erhalten, ist also außerordentlich hoch.

Vor Ostern haben die Lehrer der weltlichen Schulen bisher immer eine große Propagandaaktion für ihre Schulen begonnen, die in jedem Jahre von steigendem Erfolg gekrönt war. Um den weltlichen Schulen jedoch eine Schlappe zuzufügen, hat Franzen die Verfügung erlassen, die sich auch auf die Zeit außerhalb des Dienstes erstreckt. Dabei wirken im evangelischen Elternbund und in anderen religiösen Bänden selbst Lehrer werbend mit, ohne daß sie je von einer sozialdemokratischen Regierung daran gehindert worden wären.

Neben der sozialen Staffelung der Gehaltskürzung steht der sozialdemokratische Gesetzentwurf noch weitere Verbesserungen vor. Um die Gehaltskürzung auch auf die Angestellten bei den öffentlichen Verwaltungen auszudehnen, bestimmt die Rotverordnung, daß die Tarif- und alle Einzelverträge bis zum 31. Januar 1931 gekündigt werden können. Das ist ein gesetzgeberischer Eingriff in das Tarifrecht, der nach dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf beseitigt werden soll. Der Kündigung der Einzelverträge stimmt die Sozialdemokratie zu, jedoch nur soweit die darin festgesetzten Jahresbezüge 3600 M. übersteigen. Die Angestellten mit niedrigen Jahresbezügen sollen also geschützt werden.

Um die ehemaligen Angehörigen des Reichsheeres und der Schutzpolizei, die als Versorgungsanwärter dem Reiche große zusätzliche Kosten verursachen, beschleunigt in die öffentlichen Verwaltungen unterzubringen, sieht die Rotverordnung vor, daß die freierwerbenden Stellen zu mindestens 75 Proz. den Versorgungsanwärtern referiert werden. Auch die Sozialversicherungsträger sollen künftig Versorgungsanwärter übernehmen. Demgegenüber verlangt der sozialdemokratische Gesetzentwurf die Wiederherstellung des bisherigen Zustandes, monach der Stellenanreicherung für Versorgungsanwärter bei der öffentlichen Verwaltung nur 50 Proz. der freierwerbenden Stellen ausmacht, und bei den Sozialversicherungsträgern ein Stellenanreicherung nicht besteht.

Spiel mit Zigaretten.

Geschenke an die Industrie. — Staatliche Begünstigung des Privatmonopols.

Als Ende 1929 die Tabaksteuer erhöht wurde, verband der Regierungsentwurf damit eine Kontingentierung auf zehn Jahre. Diese Abperrung der Zigarettenindustrie vor unerwünschter Konkurrenz sowie die Aufstellung der gesamten Produktionsmenge unter die einzelnen Werke erklärte man als unumgänglich, wenn nicht die Zigarettenindustrie unter der erhöhten Steuerlast zusammenbrechen sollte. Da die beiden Großkonzerne Reemisma und Neuerburg etwa 80 Prozent der deutschen Zigarettenherzeugung übernahmen, hätte die zehnjährige Kontingentierung die staatliche Sicherung dieses Privatmonopols bedeutet.

Diese Begünstigung wäre nicht nur sachlich völlig ungerechtfertigt gewesen, sondern hätte auch alle Bestrebungen auf Errichtung eines staatlichen Zigarettenmonopols sehr erschwert, wenn nicht auf lange Zeit überhaupt unmöglich gemacht. Diese Bedenken waren so stark, daß die Sozialdemokratie eine Verkürzung des Kontingents von 10 auf 14 Jahre durchsetzte.

Die Rotverordnung vom 26. Juli 1930 brachte eine Verlängerung des Kontingents um 1 Jahr. Dadurch sollte die Zigarettenindustrie für die vorgesehene Verkürzung der Zahlungsfristen bei der Zigarettensteuer entschädigt werden. War diese Begründung schon nicht sehr stichhaltig, so hatte sie doch wenigstens den Schein der Berechtigung für sich. Jetzt bringt die Verordnung vom 1. Dezember wieder eine Verlängerung der Zahlungsfristen, ohne gleichzeitig die gewäherte Begünstigung des verlängerten Kontingents wieder aufzuheben. Damit hat die Zigarettenindustrie ein Geschenk erhalten, ohne dafür irgendeine Gegenleistung zu gewähren.

Diese staatliche Begünstigung des privaten Zigarettenmonopols muß den schärfsten Protest hervorrufen. Da es nicht möglich ist, daß Außenleiter die Monopolstellung der Kongerme Reemisma und Neuerburg erschüttern, sind die Verbraucher dem Preisdiktat des Monopols völlig ausgeliefert. Schon plant die Zigarettenindustrie, die bisherigen Zehntelabgaben mit nur neun Zigaretten zum gleichen Preise zu liefern. Das bedeutet eine Verteuerung der Zigaretten um 10 Prozent, gestaltet also der Industrie die gesamte Abwälzung der Tabaksteuer auf die Verbraucher und verschafft ihr noch dazu einen höheren Gewinn als bisher.

Diese Regelung der Rotverordnung vom 1. Dezember ist durch nichts gerechtfertigt. Die Sozialdemokratie hat darum einen Antrag eingebracht, der die Aufhebung des Kontingents fordert. Damit wäre die Möglichkeit einer Konkurrenz gegeben, die im Interesse der Verbraucher dringend zu wünschen ist.

Berufsschulung der Stellenlosen.

Eine Anregung des preussischen Handelsministers.

In einem Erlaß des preussischen Handelsministers wird zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angeordnet, daß vom 1. Januar 1931 ab allen jugendlichen Erwerbslosen ein zuzähliger Schulunterricht in der Berufsschule erteilt werden muß. Arbeitslosen Jugendlichen, die noch der Berufsschulpflicht unterliegen, soll ein zusätzlicher Berufsschulunterricht von 12 bis 18 Stunden wöchentlich, nichtschulpflichtiger Jugend ein solcher von 18 bis 24 Stunden erteilt werden.

Die Vorarbeiten für die Durchführung dieses Erlasses an die Regierungspräsidenten sollen unverzüglich aufgenommen werden. Der Handelsminister richtet an alle für die Betreuung der erwerbslosen Jugend in Betracht kommenden Stellen — Berufsschulen, Jugendamt, Arbeitsamt, Berufsberatung, Berufsverbände, private Wohlfahrtsvereine — gleichzeitig den Appell, die Durchführung der neuen Maßnahmen zu unterstützen.

Roé Ramischwili.

Das Opfer seiner Überzeugungstreue.

Wie schon in der „Abend“-Ausgabe kurz berichtet wurde, ist in Paris einer der bedeutendsten Führer der georgischen Sozialdemokratie, Roé Ramischwili, ermordet worden.

Genosse Ramischwili, der jetzt 48 Jahre alt war, steht mit den Jugendjahren in den Reihen der Sozialdemokratie, als einer ihrer tüchtigsten und herausragendsten Kämpfer. Schon als Schüler des geistlichen Seminars zu Kutais schloß er sich der Arbeiterbewegung an. Er studierte an der Universität zu Dorpat (Juris) und Nationalökonomie, war in den Jahren 1910/11 auch in Deutschland (Leipzig) und studierte besonders die deutsche Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Seit 1905 war er Mitglied des Transkaukasischen Bezirkskomitees der Partei, seit 1911 einer der ständigen Hauptredakteure des Zentralorgans der georgischen Partei. Schon als Student lernte Ramischwili die zaristischen Gefängnisse und Verbannungen kennen. Während des Krieges war er schärfster Kämpfer gegen die zaristische Kriegspolitik, was ihm sogar den Ruf eines Deutschenfreundes und deshalb wieder polizeiliche Verfolgungen eintrug.

Nach der Erklärung der Unabhängigkeit Georgiens (1918) war Roé Ramischwili Vorführer der ersten georgischen Regierung und später bis zur gewaltsamen Annexion Georgiens durch Sowjetrußland nacheinander Innen-, Kriegs- und Kultusminister. Als eifrigster Verteidiger der Freiheit seines Landes und der Demokratie war er bei den Bolschewiken der am meisten Verhasste.

Nach der Eroberung Georgiens durch den sowjetrussischen Imperialismus ging Ramischwili zusammen mit den übrigen Mitgliedern der georgischen Regierung ins Exil und lebte seitdem in Paris. Von da aus blieb er jedoch in ständiger reger Verbindung mit den in Georgien arbeitenden illegalen Parteiorganisationen und war der tüchtigste Führer der georgischen sozialistischen Emigration.

Ramischwili Mörder, Namens Tschonutwadze wurde seinerzeit wegen des Verdachts, in Verbindung mit Bolschewiken zu stehen, aus der georgischen sozialdemokratischen Emigrantenorganisation und der Kolonne ausgeschlossen. In Pariser georgischen Kreisen glaubt man, daß der Mord auf Geheiß von Moskau verübt wurde.

Ramischwili befand sich gerade auf dem Wege zu einer Parteiverammlung, als ihn die Mörderfuge traf. Er hat buchstäblich bis zum letzten Atemzuge seiner Partei und seinem unterjochten Volk gebient.

Der englische Bergbauminister Shawell, der kürzlich mit Dr. Stegerwald die Mittel zur Bekämpfung der Kohlenkrise besprach, hat am Montag auch mit dem polnischen Arbeitsminister über dieses Problem konferiert. (Siehe auch Gewerkschaftliches.)

Der Kampf gegen die Wahrheit



„Wir lassen uns unser Kriegserleben nicht verfälschen.“

Krisenheilung in Oesterreich.

Vorschläge des Sozialdemokratischen Parteitag.

Wien, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Wiener Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten nahm am Montag ein Referat Dr. Bauers über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit entgegen.

Bauer stellte fest, daß es in Oesterreich 237 000 untertätige Arbeitslose gibt, wozu noch 70 000 nichtunterstützte kommen: Das sind 42 Proz. mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Wirtschaftskrise war bis zum Jahre 1929 eine Folge des Zerfalls des alten großen Reiches. Für die österreichische Industrie gingen sieben Achtel der alten Absatzmärkte verloren. In Wien ist die Arbeitslosigkeit seit dem Jahre 1923 um 89 Proz. gestiegen, in den anderen österreichischen Ländern um 277 Proz. In Deutschland und Italien lacht man durch eine Preislenkungsaktion der Wirtschaftskrise beizukommen und zugleich die Löhne zu regulieren. In Wirklichkeit handelt es sich dort aber nur um eine Aktion zur Senkung der Reallohnne, denn die Herabsetzung der Löhne und Gehälter geht der Preislenkung weit voraus. Der Versuch zu einer Steuerlenkung wie in Deutschland hat zur Folge gehabt, daß Länder und Gemeinden in schwere Finanznöte gestürzt wurden. Die Erörterung eines Wirtschaftsblockades zwischen Oesterreich, Un-

garn und Jugoslawien bringt die Gefahr der Wiederherstellung der alten Monarchie in Form einer Donau-Föderation mit sich, gegen die wir uns entschieden wenden müssen.

An das zweistündige Referat Bauers schloß sich eine kurze Debatte, die mit der einstimmigen Annahme einer von Dr. Bauer vorgeschlagenen Resolution endete, in der Regierung und Parlament aufgefordert werden, alles zu tun, um die Wirtschaftskrise zu lindern und die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Insbesondere werden gefordert: Ausbau der produktiven Arbeitslosenfürsorge nach deutschem Muster, Verstärkung der öffentlichen Bautätigkeit und eine auf die Interessen der Industrie Rücksicht nehmende Handelspolitik, Hilfe für die Landwirtschaft durch Schaffung eines Getreidehandelsmonopols und Errichtung von Absatzorganisationen für Vieh, planmäßige Arbeitsmarktpolitik, internationale Vereinbarungen zur Kürzung der Arbeitszeit. In der Entschließung heißt es schließlich, daß an der Arbeitslosenversicherung nicht gerüttelt werden darf, vielmehr eine Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf die Land- und Forstarbeiter erpigen müsse.

Die Wahl des Parteivorstandes brachte keine Veränderungen.

England und der Schwindelprozeß

Faule Ausreden der Sowjetregierung.

London, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

In der Montagsitzung des englischen Unterhauses wurde die Regierung von konservativer Seite mit Anfragen über Rußland befragt. In der Erwiderung gab Außenminister Henderson die Antwort der russischen Regierung auf die jüngsten englischen Beschwerden bekannt.

London hatte gegen die im Moskauer Prozeß gegen englische Politiker und die russische Regierung erhobenen Beschuldigungen protestiert. Die russische Regierung erwiderte, es seien die Angeklagten gewesen, die Geständnisse über die englische Beteiligung an der Verschwörung gegen Rußland gemacht hätten. Diesen Geständnissen hätte sich der Staatsanwalt nicht entziehen können, und er habe selbstverständlich seine Anklage darauf aufgebaut. Der Gerichtshof habe jedoch den Auslagen gegen England meist keine Aufmerksamkeit geschenkt und ebenso habe weder der öffentliche Ankläger in seiner Schlußrede noch der Gerichtshof auf die Geständnisse gegen England Bezug genommen. Gleichfalls habe die Sowjetregierung keinerlei Ansichten über die Beschuldigungen gegen England geäußert.

Die zweite Beschwerde Englands galt dem von Rußland verletzten Rundfunkabkommen. Hieran erwiderte Moskau, die betreffende Rundfunkrede sei von einer Funktionärin verbreitet worden, über die die russische Regierung weder die Zensur noch die Kontrolle habe. Diese Station stehe ausschließlich zur Verfügung der russischen Gewerkschaften. Außerdem sei in der betreffenden Rede kein Bruch des Rundfunkabkommens zu finden. Sie habe keine antienglische Propaganda enthalten, sondern nur Antikriegspropaganda. Deshalb liege für England kein Grund zum Protest vor.

Nach der Bekanntgabe dieser russischen Antworten stellten mehrere konservative Abgeordnete Zufahrten, auf die Henderson lediglich antworten konnte, die russische Antwort sei eben erst eingegangen und das englische Auswärtige Amt behalte sich vor, sie zu prüfen. Der Abg. Brown fragte, ob die Regierung die beiden Antworten als ernst oder als humoristisch betrachte, worauf Henderson antwortete: „Ich pflege stets die Antworten von Regierungen, mit denen wir in freundschaftlichen Beziehungen stehen, als ernsthaft zu betrachten.“

Einstimmiges Urteil in England.

Die gesamte englische Presse enträufelt und entsetzt sich in langen Artikeln über die „Komödie“ des Moskauer Pro-

zesses und dessen Ausgang. Zum erstenmal treffen sich in ihrem Urteil sowohl die Freunde als auch die Gegner des englisch-russischen Ausgleichs.

In der konservativen Presse ist lediglich die Genugtuung zu erkennen, höhnend auf die Regierung und alle Rußlandfreunde zu wirken zu können. Die „Times“ sagt, die im September erfolgte diktatorische Erschießung der 48 Direktoren der russischen Lebensmittelverwaltung habe offenbar auf die russische Öffentlichkeit nicht den gewünschten Einfluß gehabt. Deshalb habe man bald darauf zu einem öffentlichen Gerichtsverfahren gegen jene gegriffen, die für die Fehler des Systems verantwortlich gemacht werden sollen. Für den „Manchester Guardian“ ist der Prozeß ein öffentliches Schauspiel gewesen, das kaum eine Parallele in der Geschichte finden dürfte. Eine Propaganda zur Verberrschung Sowjetrußlands, die allerdings Westeuropa erschrecken müsse. Es entziehe sich der Beurteilung, wessen sich die Angeklagten schuldig gemacht hätten. Jedenfalls aber, nach dem liberalen Blatt, keiner internationalen Verschwörung, denn die existiere nicht. Das Sowjetregime könne so lange nicht als stabilisiert betrachtet werden, als es solche panikartige Maßnahmen zu seiner Verteidigung notwendig habe.

Selbstmord (?) eines Sowjetdiplomaten.

Rom, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

„Am Sonnabend ist der erste Botschaftssekretär Levine der Sowjetgesandtschaft in Rom gestorben.“ So lautete eine kurz nach dem Tode Levines veröffentlichte Nachricht der Sowjetbotschaft. Bald darauf tauchten jedoch unkontrollierbare Gerüchte auf, daß Levine Selbstmord begangen habe.

Wie der Korrespondent des „Soz. Pressedienstes“ dazu zuverlässig erzählt, liegt tatsächlich ein Selbstmord vor, und zwar wird in Kreisen der Sowjetbotschaft behauptet, daß der Mord lediglich auf unglückselige Familienangelegenheiten Levines zurückzuführen sei. Es geht jedoch auch die Version, daß das eigentliche Motiv für den Selbstmord mit neuen Verhaftungen durch die Bolschewiken und in der Furcht davor in Zusammenhang steht, selbst verhaftet zu werden.

Bosel, der Präsident des allindischen Kongresses, der erst vor einigen Tagen eine zweite Gefängnisstrafe seit dem Boykott verbüßt hat, ist wegen Aufforderung zum Steuerfreit wieder verhaftet worden. In Delhi wurden am Sonnabend auf offener Straße Bomben geworfen, durch die vier Personen verletzt wurden.

Jürges unschuldig.

Verhängnisvoller Uebereifer von Reichsbahnbeamten.

Im Wiederaufnahmeverfahren vor dem Schöffengericht Eberfeld wurde der wegen Betruges an der Reichsbahn angeklagte Biergroßhändler Jürges, über dessen Prozeß der „Vorwärts“ wiederholt berichtet hatte, unter Aufhebung der beiden früheren Urteile, die auf sechs Monate Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe lauteten, freigesprochen.

In der Urteilsbegründung kam Landgerichtsdirektor Diezle zu bemerkenswerten Feststellungen. Er erklärte, daß es für das Gericht sehr schwer gewesen sei, in diesem Fall, der auf Hochheulei und Phantastie aufgebaut gewesen sei, die Wahrheit herauszufinden. Die jetzige Hauptverhandlung habe jedoch ein geschlossenes Bild zugunsten des Angeklagten Jürges ergeben. Die treibende Kraft bei den Prozessen, die gegen Jürges im Laufe der letzten drei Jahre angestrengt worden waren, sei die Kronzeugin in den früheren Verfahren, Frau Windhövel, gewesen, die nicht nur auf die Zeugen einen unheilvollen Einfluß ausgeübt habe.

Sehr charakteristisch seien auch die Methoden der Untersuchung gewesen, die die Beamten der Reichsbahnüberwachungsstelle Eberfeld gegen den Kaufmann Jürges angewandt

und zur Durchführung der beiden früheren Prozesse geführt hätten. Der Uebereifer der beiden Reichsbahnbeamten, eine Verfehlung des Angeklagten festzustellen, habe sich bei den Hauptbelastungszeugen, dem Lagerverwalter Greff und dem Küstler Schmidt in einer Art und Weise ausgewirkt, die Jürges so sehr verhängnisvoll geworden sei. Das Gericht sei zu dem Erkenntnis gekommen, daß die Straftaten, die Greff und Schmidt im Auftrage des Jürges angeblich begangen hätten, überhaupt nicht ausführbar gewesen seien.

Ein weiterer unantastbarer Beweis für die Unschuld Jürges seien die Reklamationsakten, welche die Reichsbahn selbst geführt habe und die vollkommen übereinstimmen mit den ganz unabhängig davon geführten Geschäftsbüchern des Angeklagten. Aus diesen Reklamationsakten gehe hervor, daß die Straftaten, deren Greff und Schmidt sich selbst beschuldigt hätten, überhaupt unausführbar gewesen seien. Bereits in der Vorinstanz haben diese Reklamationsakten der Verteidigung vorgelegen.

leider sei aber dieses hervorragende Beweismittel nicht mit dem nötigen Nachdruck zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht worden.

Sonst wäre bei genauer Prüfung dieser Akten wohl schon die Vorinstanz nicht zu einer Verurteilung des Kaufmanns Jürges gekommen. Zum Schluß seiner Begründung führte der Vorsitzende aus, daß dieser Fall deutlich zeige, wie schwer für den Richter sei, immer das Recht zu finden. Die höchste Pflicht eines Richters aber sei es, einem Angeklagten, der einer falschen Beschuldigung zum Opfer gefallen sei, sein Recht werden zu lassen und ihm seine Ehre wiederzugeben und ihm öffentlich zu bescheinigen, daß kein Verdacht gegen ihn vorliege.

Das Urteil und seine Begründung wurde von den Hunderten von Zuhörern, die sich im Saal befanden, mit lautem Handklopfen aufgenommen.

Schon wieder schwerer Justizirrtum? Ein Unschuldiger zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Breslau, 8. Dezember.

In der Angelegenheit des Totschlages an der Prostituierten Luise Schulz in Breslau am 19. April 1929, wegen deren der Bäcker Pohl im Oktober 1929 rechtskräftig wegen Totschlages zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, hat nunmehr im Rahmen der von Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei alsbald nach der Verurteilung Pohls ausgenommenen Ermittlungen der Arbeiter Paul Schiewel in Breslau das Geständnis abgelegt, diese Tat verübt zu haben. Schiewel ist am 17. Dezember 1929 wegen Mordes an seiner geschiedenen Ehefrau und an der Prostituierten Marie Krüsten aus Breslau zweimal zum Tode verurteilt worden. Die Richtigkeit seines Geständnisses wird gegenwärtig nachgeprüft. Sobald sie feststeht, wird das Erforderliche bezüglich der Freilassung des Bäckers Pohl unverzüglich veranlaßt werden.

Der Kampf um das Brötchen.

Protestversammlung der beteiligten Gewerbezweige.

Der Zweverband der Bäckermeister Groß-Berlins veranstaltete am Sonntag nachmittag gemeinsam mit dem gastronomischen Gewerbe und den beteiligten Gewerkschaften in den Germania-Sälen eine stark besuchte Protestkundgebung gegen die neuen Rotverordnungen, durch die die Abgabe und der Verkauf von Weizengebäck in Hotels, Gast- und Schankwirtschaften sowie Kantinen usw. untersagt worden ist.

Für das gastronomische Gewerbe betonte Rechtsanwalt Hampe, daß man sich unter keinen Umständen damit einverstanden erklären könne, wenn andauernd die Landwirtschaft auf Kosten der städtischen Gewerbe unterstützt würde. Das neue Verbot sei durchaus nicht geeignet, der Landwirtschaft wirkliche Hilfe zu bringen. Es werde zur Folge haben ein vollständiges Verschwinden allen Weizengebäckes aus Hotels, Restaurants, Gastwirtschaften, Kaffeehäusern, Kantinen jeder Art, aus den Sport- und Vereinshallen einschließlich Heimen von Studentenverbindungen, aus privaten Pensionen, Sanatorien und Erfrischungshallen. Weizengebäck sei also in Zukunft nur noch in den Bäckereien direkt zu haben. Da auf diese Weise in 20 000 Gastwirtschaften keine Brötchen mehr serviert werden dürfen, werde das für die Bäcker nach vorsichtiger Schätzung einen täglichen Ausfall von einer Million Stück ausmachen. Man befürchte, daß ein regelmäßiger Schleichhandel einsetzen wird. Es bleibe nichts anderes übrig, als die Länderregierungen

zu bitten, Ausnahmen zuzulassen. Der Geschäftsführer des Zweverbandes der Bäckermeister, Gösch, betonte, daß das Weizenverbot den Konsumrückgang, der bereits auf circa 14 Prozent geschätzt werde, weiter steigern und weitere Arbeitslosigkeit zur Folge haben werde. Der Vertreter des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter erklärte für die Arbeitnehmer, daß die Rotverordnung infolge der großen Rückwirkung für die Arbeitslosigkeit abgelehnt werden müsse. Alle beteiligten Kreise seien sich darüber klar, daß die Rotverordnung keine Hilfe schaffe, sondern nur neue Not für weite Volksteile und Gewerbezweige bringe. In diesem Sinne wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die Maßnahmen der Reichsregierung Einspruch erhoben wurde.

Bedrohte Sonntagsruhe.

Auch der Fünf-Uhr-Ladenschluß am Heiligabend gefährdet.

Der Soziale Ausschuß des die südlichen und südöstlichen Berliner Stadtgemeinden umfassenden Kirchentreffes Köln-Land II „verfolgt“, wie er in einer kürzlich gefaßten Entschließung zum Ausdruck bringt, „mit Bestreben die Bestrebungen gewisser Kreise, die Sonntagsruhe in Handel und Gewerbe zu befeitigen. Der Soziale Ausschuß wendet sich an alle christlich gesinnten Kreise und fordert einmütiges Zusammenstehen in der Abwehr aller auf Durchbrechung oder Befeitigung der Sonntagsruhe gerichteten Bestrebungen und Förderung des Gedankens der unbe-

dingten Heilighaltung des Sonntags. Insbesondere fordern wir auch den Fünf-Uhr-Ladenschluß am Heiligabend, damit allen Volksgenossen die Teilnahme an den Weihnachtsfeiern ermöglicht wird. Die gegenwärtig bestehende gesetzliche Regelung darf keinesfalls wieder aufgehoben werden.“

Wenn es um die Aufrechterhaltung der Sonntagsruhe und den Fünf-Uhr-Ladenschluß am Heiligabend geht, wird der Soziale Ausschuß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften immer auf seiner Seite haben, selbst wenn sie die Notwendigkeiten dieser Maßnahmen mit reinen sozialen und menschlichen Ermägungen begründen. Vielleicht aber nimmt der Soziale Ausschuß die Persönlichkeiten, die Sonntagsruhe und Frühlenschluß so erbittert bekämpfen, einmal unter die Lupe, und er wird dann zu seinem Erstaunen entdecken, daß sich darunter recht viele — Christen befinden.

Tragödie des Geschiedenen.

Der Mann schießt auf die Frau und tötet sich selber.

Eine Tragödie spielte sich am Montagabend im Hause Neue Promenade 3 ab. Hier wohnte der frühere Direktor Karl Krämer, ein Mann von 64 Jahren, mit seiner 53jährigen Ehefrau Hedwig. Dem Mann war es früher sehr gut gegangen. In der letzten Zeit waren aber seine Einkünfte sehr zurückgegangen. Er betrieb eine Art Zuschneiderei. Vor einem halben Jahr geriet er mit seiner Frau in Differenzen, und beide ließen sich scheiden. Der Wohnungsnot wegen wohnten sie aber noch zusammen. Die Frau wollte diesem unerquicklichen Verhältnis ein Ende machen und leitete ihrem geschiedenen Gatten mit, daß sie ausziehen wolle. Krämer geriet darüber in große Erregung. Am Montagabend kam es zwischen beiden wieder zu einem Streit. Der Mann zog eine Pistole und gab auf die Frau einen Schuß ab, der sie in den Mund traf. Laut um Hilfe schreiend eilte sie auf die Treppe. Nachbarn sorgten für ihre Ueberführung in das Hedwigskrankenhaus. Als die Nachbarn in die Wohnung eindrangen, hatte Krämer sich durch einen Kopfschuß getötet. Die Frau dürfte mit dem Leben davontkommen.

Explosion eines Hebeschiffes.

12 Mann der Besatzung getötet.

Paris, 8. Dezember.

Das italienische Hebeschiff „Artiglio“ ist zwischen der Insel Belle Isle und dem Festlande auf der Höhe von Quiborn in die Luft geflogen. Von den 15 Mann, die sich an Bord des Schiffes befanden, wurden 12 getötet, die übrigen konnten gerettet werden. Zwei Taucher, die sich unter Wasser befanden, wurden ebenfalls getötet.

Die „Artiglio“ wurde zur Hebung von gesunkenen Schiffen verwendet. Man war eben im Begriff, den mit 500 Tonnen Explosivstoffen beladenen Dampfer „Florence“, der während des Krieges im Jahre 1918 versenkt worden war und seither die Schiffsahrt störte, in die Luft zu sprengen. Eine starke Sprengladung war angebracht worden, deren Wirkung jedoch so gewaltig war, daß die „Artiglio“, die sich ungefähr 300 Meter entfernt hatte, selbst in die Luft flog. Das Schiff barst auseinander und sank dann innerhalb weniger Sekunden. Ein in der Nähe befindliches Schiff konnte den Schiffbrüchigen zu Hilfe eilen.

Die „Artiglio“ ist das Schiff, dem es zuerst gelungen war, die Lage der „Egypte“, die mit einer Goldladung von 1 Million Pfund untergegangen war, ausfindig zu machen und die Stahlflorette des Kapitäns zu heben.

Berufung gegen das Phosgenurteil. Der Hamburger Staat hat gegen das im Phosgenprozeß ergangene Urteil, das den Staat für schadenerfahpflchtig erklärt, Berufung eingelegt.

W. Soemann
O. Wöhrl
Unternehmer..

Ludwig hielt sofort im Lauf inne, als ob ihm ein Knüttel zwischen die Beine geworfen worden wäre. In höchster Erregung wandte er sich an seinen Vater: „Ich... ich? ... Soll ich mit ansehen, wie alles verschleudert wird, was ich mit unglücklicher Mühe erarbeitet habe? Jede Maschine, die da steht, hat mich Millionen Habelstücke gekostet. Meine ganze Hirnkraft hängt daran. Tag und Nacht zermarterte ich meine Gedanken, wie schaffe ich mir, dir und Maria ein besseres Los. Tag und Nacht sah ich über neuen Plänen. Diese Wertstatt hier sollte der Ausgangspunkt sein für einen Betrieb, der sich sehen lassen konnte. Seid ihr euch nun klar darüber, daß ich meine Hand nicht dazu geben kann, ihn zu herschlagen? Das hieße, mir selber das Herz aus dem Leibe reißen. Kommt ihr das? Ich nicht!“

Die beiden Alten schwiegen bedrückt. Ludwig glaubte, sie hätten ihn nicht verstanden. Er nahm seinen wilden Spaziergang zwischen den Habelbänken wieder auf.

„Vater, wenn du ein paar feine Masthiesel gebaut hast und es kommt einer und will dir die Arbeit für ein paar Bettelstümpfen aus der Hand nehmen, was denkst du dann? He, was denkst du dann? Hättest du dann nicht Lust, ihm den Absatz in die Fresse zu schlagen? Siehst du, so geht es auch mir. Verstehst ihr jetzt, warum ich unbedingt Schluß machen will?“ Der Hauswirt lief zu dem Balken und riß den Strich herunter.

„Laß den Quatsch, Ludwig! Es kommen auch bessere Zeiten.“ Ludwig winkte mit der Linken ab: „Es ist alles verloren... alles...!“

„Sei nicht so halsstarrig, Junge!“ sagte der Schuhmacher. „Es gibt keinen Ausweg, Vater, die Schulden sind zu groß.“ Er juckte verzwirbelt die Achseln.

Da wurde der Hauswirt wütend: „Ach was, Schulden! Die Gläubiger werden schon warten, wenn es nicht anders geht. Ich muß ja auch warten, bis man mir meinen Hauszins bringt. Und ich habe bis heute noch keinen gefressen, der im Rückstande war!“

„Es wird sich schon irgendein Ausweg finden lassen! Sehen wir!“ entließ der Schuhmachermeister.

Er nahm die Petroleumlampe aus dem Ständer und schritt voran. Der Hauswirt sah Ludwig unter den Arm und folgte. So landeten sie zu dritt in Vater Eisermanns Wohnzimmer.

Der Alte stellte Ludwig Abendbrot hin. Die ersten Bissen widerleten ihn an. Dann aber überwältigte ihn der Hunger, und er taute mit vollen Bäden.

Inzwischen lief der Hauswirt in die Schenke nach Bier. Er hatte recht daran getan; denn der braune Gerstenstark erwies sich bei Ludwig als der beste Jungentröster. Er erzählte ausführlich, auf welche Weise er bei seinen letzten großen Lieferungen hineingeschlittert war und berechnete zum Schluß seine Schulden auf Heller und Pfennig.

Vater Eisermann wurde es ganz dumpf im Kopf. War das nun das frische Bier oder waren das die von Ludwig genannten erschrecklichen Zahlen. Für den Moment konnte er das nicht entscheiden. Er begnügte sich also damit, leuzend seinen stark gelichteten Scheitel zu fragen.

Der Bogelkopf des Hauswirts wackelte bei dem, was er hörte, überlegsam hin und her. Wie ein Uhrenpendel, das keine Ruhe findet.

„Das ist alles nicht so schlimm, Ludwig!“ sagte er schließlich. „Noch ist Holland nicht verloren! Du darfst den Kopf nicht in den Sand stecken wie bisher und vor deinen Gläubigern davonlaufen. Im Gegenteil, du mußt dir die Brüder ranholen und dich mit ihnen arrangieren. Aussprechen! Offenheit! Lege ihnen deinen Status dar. Dann werden sie schon merken, wie der Hase läuft! Die Herren werden ihre Forderungen zurückschrauben müssen. Aber ganz gehörig. Um die Hälfte, schätze ich. Tun sie's aber nicht, legen sie sich aufs hohe Pferd, dann gehst du einfach in Konturs. Erschrick nicht bei dem Wort. Das ist nicht so schlimm, wie es sich anhört. Jawohl, das ist das Beste, melde Konturs an, dann hast du deine Ruhe. Dann mußt dich dein Verwalter mit dem Geindef herumschlagen und du hast deine Ruhe!“

Ludwig wehrte sich gegen diesen Vorschlag. Ihm sagte mehr zu, die Gläubiger durch Verhandlungen zu Stundungen und Abstrichen zu bewegen.

„Mir auch recht!“ sagte der Hauswirt und gab jetzt aus einer Wolke Tabaksrauch heraus Vorschläge, auf welche Weise Ludwig die kräftigsten seiner Gläubiger einseifen könnte, damit sie wenigstens die nächsten Monate hindurch stillehielten.

Die Ratschläge des Bogelköpfigen waren gut. Zudem von einer erstaunlichen Virtuosität. Der Mann kannte sich aus in der Sudelküche des Lebens. Da war kein Topf, von dem er nicht schon den Deckel abgehoben gehabt hätte. Abgekocht und abgebrüht, mit allen Wassern gewaschen! Unter seiner Anleitung konnte die Sache nicht schief gehen.

Ludwig fing an, Mut zu schöpfen. Wie eine Streichholzflamme so klein, flackerte in seinem Innern die Hoffnung hoch. Hoffentlich kam kein Windstoß, der sie ihm ausblies.

Auch Schuster Eisermann war mobiler geworden. Je verrückter die Luft im Zimmer wurde, desto mehr klärte es sich in seinem Kopf. Er hatte schon längst aufgehört, nachdenklich die Platte zu tragen. Er begnügte sich damit, dem Bogelköpfigen zuzuhören. Ein Teufelstern! das! Nicht umsonst war der zu einem großen Bohnhaus gekommen. Jetzt begriff Vater Eisermann. So also mußte man's anstellen, um auf dieser schmierigen Rutschbahn des Lebens weiterzukommen. Andächtig lauschte er und zog seines Hauswirts Worte wie eine Offenbarung ein.

Spät in der Nacht, als der letzte Tropfen Bier aus dem Schnphon draußen war, war die Unterredung beendet.

Der Hauswirt stakete mit Vater Eisermanns Unterfertigung die Treppe hinauf in seine Wohnung.

Ludwig blieb da und mußte in seinem einstigen Bett schlafen.

Alle Sorgen seines Lebens waren ausgestrichen diese Nacht.

Zum ersten Male seit langer Zeit schlief er einen tiefen, festen Schlaf.

Doch Vater Eisermann konnte keine Ruhe finden, trotz aller Bettstühle nicht. Unruhig wälzte er sich von einer Seite auf die andere, so daß seine Frau darüber aufwachte und endlich fragte: „Vater, was hast du?“

Er gab aber keine Antwort.

(Fortsetzung folgt.)

Im Bann unwürdiger Liebe.

Um des Geliebten willen zur Diebin geworden.

Die unglückselige Leidenschaft zu einem Eintänzer, den sie in einem Ballsaal kennengelernt hatte, führte die 28jährige Hildegard B. vor das Schöffengericht Charlottenburg, wo sie als Diebin auf der Anklagebank saß.

Die Angeklagte, die aus sehr begütertem Hause stammt, hatte sich mit dem Eintänzer, den sie zuerst nur in seiner Berufseligenschaft kennengelernt hatte, angefreundet und war sehr bald ganz unter seinen Einfluss geraten. Der Mann verband seine Freundschaft mit immer dringenderen Geldforderungen, die die Angeklagte aus Angst, ihn und seine Liebe zu verlieren, auch erfüllte. Schließlich ging sie dazu über, dem Mann Geld ihrer Eltern, die ihr zu Geschäfts- oder Besorgungszwecken anvertraut waren, zu geben. Sie führte ihn auch in ihre Familie ein, und der Vater versprach, im Falle einer Heirat ihm eine Stelle als Ingenieur zu verschaffen. Die Nachforschungen ergaben jedoch Ungünstiges über den Mann, daß die Familie den Verkehr mit ihm abbrach. Die Tochter hielt aber weiter zu ihm und entschloß sich sogar, Geld auf unlautere Weise zu beschaffen. Sie ging in Juwelenläden und stahl goldene Uhren, die sie in der nächsten Pfandleihe verlehnte, um dem Geliebten die Summen zu bringen. Nach mehreren geglückten Diebstählen wurde sie schließlich bei einem Versuch erwischt.

In der Verhandlung, die auch gegen den Eintänzer wegen Anstiftung zum Diebstahl geführt wurde, bestätigte es sich, daß sie völlig im Bann dieses Mannes gestanden und niemals aus eigenem Willen solche Taten begangen hätte. Sie erklärte, daß er jenem Typ angehöre, dem sie beunruhigungslos gehorchen müsse. Bereits hätte sie von einem Artillerieoffizier sich zu ähnlichen Taten hinreichend lassen. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß der Mitangeklagte, von dem sie sich inzwischen gänzlich getrennt hatte, bereits wegen Zuhälterei bestraft war. Da der Vater der Angeklagten die bestohlenen Firmen entschädigt hatte, war der Staatsanwalt, der zuerst einen Monat Gefängnis gegen die Angeklagte beantragte, schließlich mit der Einstellung des Verfahrens wegen geringfügigkeit einverstanden, so daß das Gericht auch auf Grund des § 133 danach handelte, weil die Schuld der Angeklagten gering sei. Gegen den angeklagten Eintänzer mußte auf Freispruch mangels Beweises erkannt werden, da sich nicht nachweisen ließ, daß er seine Freundin zu der Tat direkt angestiftet hatte.

Tricks der Handtaschendiebe.

Frauen und Mädchen seien gewarnt.

Die Handtaschendiebe sind jetzt auf einen neuen Trick verfallen. Sie nähern sich ihren Opfern nicht mehr als Fußgänger, sondern fahren mit einem Auto an die Bürgersteige heran, reißten den Frauen und Mädchen blitzschnell die Taschen weg, springen in die Bogen zurück und laufen davon. Es scheint hier eine ganze Bande an der Arbeit zu sein. Am Sonntag wurde einer Wobistin vor dem Hause Albrecht-Achilles-Straße 3 die Tasche geraubt. Hinter ihr fuhr ein Auto langsam an die Bordsteigkante heran, ein Mann in Chauffeurkleidung stieg aus, entriß der Ahnungslosen die Tasche mit dem Monatsgehalt von 150 Mark und den Schlüssel und fuhr in schnellstem Tempo davon. Die Beraubte sah, daß in dem Wagen noch ein zweiter Mann saß. Leider hat sich die Wobistin die Nummer nicht gemerkt. — Ein zweiter Handtaschendiebstahl wurde vor dem Hause Rönnestraße 24 verübt. Auch hier bedienten sich die Täter eines Kraftwagens. Mitteilungen, die geeignet sind, dem Treiben dieser Burschen ein Ende zu machen, erbittet die Dienststelle C. 3 im Polizeipräsidium.

Rinder bescheren Kinder.

Großer Festtrummel in der allzu kleinen Aula der städtischen Aufbauschule, Frankfurter Allee 37; am Podium steht dichtgedrängt eine Jungmädchenschar im Festkleid und blickt erwartungsvoll auf den Rostmeisters Zeichen zum Wiederanfang. Fröhliche Volks- und Wanderlieder, launige Kinderweisen entströmen den jungen Kehlen, dann tritt eine vor und spricht mit schönem Vortrag proletarische Dichtungen: Vom Weihnachtsbaum der Armen. Dann wird ein Film gezeigt: „Fröhliche Schule im Walde“, das Schlamper Sommerdorado der Schule, das jetzt, weil das Gelände der Bebauung verfällt, leider zu Ende ist. Aber die Friedrichshainer hoffen, daß sich mit einigem guten Willen für das nächste Jahr wieder ein Plätzchen finden wird, wo all die zarten, blauen Großstadtkinder Luft, Sonne und Erholung finden. In der Pause geht's dann an die Verlosung der natürlich bescheidnen Tombola; Kissen und Decken, Bilder und Bücher, Spielsachen kleine Biergegenstände und sonst noch allerlei Hübsches und Nützliches. Alles von geschickten, gefreudigen Kinderhänden selbst gefertigt, sogar das appetitanregende Buffet mit pikanten Salaten und süßen Plätzchen wurde im Kochzweig der Schule hergestellt. Währenddessen sammeln die Schülerinnen der Aufbauschule auf diese Weise für eine Weihnachtsbescherung ihrer Hortkinder. Ein rührendes, nachahmenswertes Hilfswerk! Für den Erlös der Tombola werden dann Weihnachtsgeschenke für die Kleinen gekauft. Große, ausführliche Wunschlisten besagen, wonach sich das kleine Herz sehnt. Die praktischen Mädels schwärmen für warme Wolldecken, eine Puppe, ein Buch, die Jungen sind restlos der Technik oder dem Sport ergeben: Eisenbahn, Dampfmaschine, Laufschuhe, Schlittschuhe und Rodelschlitten; einer überließ dem freundlichen Weihnachtsmann die Wahl: entweder Schlittschuhe oder den „Lederschlumpf“.

Kunst aus Zehlendorf

Das Bezirksamt Zehlendorf hat in seinem neuen Verwaltungsgedäude (2 Minuten vom Wanneseebahnhof Zehlendorf-Mitte, eine Ausstellung von Werken im Bezirk Zehlendorf anlässiger Maler, Bildhauer und Graphiker veranstaltet, die am Sonntag eröffnet wurde. Bürgermeister Dr. Schumacher dankte besonders Professor Max Liebermann, der in Wannsee ansässig ist, sich um das Zustandekommen der Ausstellung bemüht hat und als Ehrenpräsident an ihrer Spitze steht. Der zweite Redner, Professor Ludwig Dittmann, schlug sehr forche Töne an und meinte, eine scheinbar schon ganz internationale Kunst werde heute mit großem Talent vorgetragen, sei aber nur ästhetisch niemals künstlerisch zu werden. Wahre Kunst erwache nur aus einem starken religiös sittlichen Gemeinheitsgedanken. Nationale Volkserbundenheit werde auch eine neue deutsche Kunst hervorbringen. Wenn Dittmann damit die Unklarheit, die Jüdischkeit und Unsicherheit unserer heutigen Kunst charakterisieren wollte, so liefert allerdings die Ausstellung dafür den vollgültigen Beweis. Die alten Herren haben uns wenig zu sagen. Da sind Porträts, die ebenso gut kolorierte Photographien sein könnten. Da sind Landschaften en masse. Da sind gepinzelte Sachen die sich stolz Gemälde nennen, in Wirklichkeit aber bunte Illustrationen sind. Der Altmeister Liebermann hat ein Damenbildnis beigeleuert. Von Hermann Sandhuhl überrascht ein famos erhaltener trotzig blickender Proletarierjunge. Robert Raemmerer

Der Gast muß zahlen.

Eine Steuer zur Behebung sozialer Not.

Der 27. November war für Gastwirte, Kellner und Gäste ein schwarzer Tag, denn da wurde von dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin jene Steuerordnung für die Erhebung einer Getränkesteuer verhängt, für die man im Publikum gar zu gern die Sozialdemokratie verantwortlich machen möchte. Das wird aber nicht gut gehen, denn diese neue Steuer geht zurück, wie die im Amtsblatt der Stadt Berlin vom 30. November vorgenommene Veröffentlichung ausdrücklich besagt, auf die Verordnung des Reichspräsidenten Hindenburg zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930.

Da man im Publikum nur weiß, daß man jetzt einen Zuschlag von 10 Proz. auf Getränke zahlen muß und bei Wirten und Kellnern gleichfalls Unklarheiten bestehen, erscheint es angebracht, auf die wichtigsten Punkte der neuen Verordnung einzugehen: § 1 der Verordnung besagt folgendes: „Die entgeltliche Abgabe von Wein, weinähnlichen und weinhaligen Getränken, Schaumwein, schaumweinähnlichen Getränken, Trielbranntwein, Mineralwässer, künstlich bereiteten Getränken sowie Kakaos, Tee und anderen Auszügen aus pflanzlichen Stoffen zum Verzehr an Ort und Stelle, insbesondere in Gast- und Schankwirtschaften und an sonstigen Stätten, wo derartige Getränke entgeltlich verabreicht werden, unterliegt einer Steuer.“ Nach dem Wortlaut dieser Verordnung sind also von der Besteuerung ausgenommen: Bier (das einer Sondersteuer unterliegt), Milch und wertwürdigerweise auch Fleischbrühe, da die Verordnung ausdrücklich besagt, daß Auszüge aus pflanzlichen Stoffen besteuert werden müssen. Auch Suppen, z. B. Schokoladensuppe und Weinsuppe, wird man nicht als Getränke bezeichnen können.

Verzehr an Ort und Stelle — Pauschalsteuer.

In den Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung heißt es dann: Steuerpflichtig ist jede entgeltliche Abgabe der im § 1 der Steuerordnung aufgeführten Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle. Darunter fällt nicht nur der Verzehr in öffentlichen Lokalen, sondern an allen übrigen Stätten, wo derartige Getränke entgeltlich verabreicht werden, z. B. in Kaffeehäusern, Clubs, Logen, Kantine, Sport- und Vereinsheimen, einschließlich der Heime von Studentenverbindungen, privaten Pensionen, Sanatorien, Erfrischungshallen und -ständen, an jahresweisen Erfrischungstagen, an Privatmittagstischen, beim Zimmervermieteten, Befreit von der Steuer sind nur die Krankenhäuser, die öffentlichen Kliniken, das städtische Obdach und alle gemeinnützigen oder wohltätigen Untertunstätten, die Getränke an Patienten verabfolgen. Da man vorausgesetzt hat, daß eine bis ins kleinste gehende Abrechnung mit den vielen Tausenden von Gaststätten sich zum mindesten außerordentlich schwerfällig gestalten muß, steht der § 8 der Verordnung ausdrücklich vor, daß die Steuerstelle mit den steuerpflichtigen Vereinbarungen über die zu entrichtende Steuer (z. B. über ihre Berechnung, Fälligkeit, Erhebung und Pauschalierung) treffen kann, soweit diese die Besteuerung vereinfachen und das steuerliche Ergebnis bei dem Steuerpflichtigen nicht wesentlich verändern. Es gibt also die Möglichkeit zur Zahlung von Pauschalsteuern, die der Unternehmer wahrscheinlich in allen jenen Fällen vorziehen wird, wo es ihm daran gelegen ist, unliebsame Erörterungen zwischen Gästen und Kellnern zu vermeiden. Tat-

sächlich gibt es bereits eine Anzahl von Gaststätten, in denen die Steuer überhaupt nicht in Erscheinung tritt, sei es, daß man für die Pauschalsteuer stillschweigend den Preis für die Tasse Kaffee, der ja besonders getroffen wird, um fünf Pfennig erhöht hat, sei es, daß man die Qualität ein wenig mindert. In den Automatenrestaurants läßt man einfach etwas weniger in die Tassen und Gläser laufen.

Familienkaffeeochen steuerfrei.

Wie vorauszuwählen, haben sich sofort Grenzfälle eingestellt, die die Hauptsteuerverwaltung des Magistrats bereits geregelt hat. Danach ist also das beliebte Berliner Familienkaffeeochen im Restaurant frei, weil hierbei nur eine „entgeltliche Abgabe von heissem Wasser“ erfolgt. Auch Fleischbrühe ist, wie schon erwähnt, steuerfrei. Was werden aber die vegetarischen Restaurants machen, die unter Zusehen von Würzten eine durchaus fleischähnliche Brühe erzeugen, die aber garantiert keinen Füssel Fleisch aufweist? Hier ist bereits ein neuer Grenzfall. Ausdrücklich wird jedoch betont, daß steuerpflichtige Getränke auch im gefrorenen Zustande steuerpflichtig bleiben. Die Verordnung meint wahrscheinlich eisgekühlte Getränke, wie Eiskaffee oder Eischokolade. Koffeins hingegen dürfte wohl kaum besteuert werden müssen. Klarheit darüber läßt sich nicht erwarten. Steuerpflichtig sind auch Milchgetränke. Wer sich also einen verkehrten Kaffee bestellt, in der Meinung, daß das eine Tasse steuerfreier Milch mit einem Löffel voll Kaffee sei, der muß sich eines bessern belehren lassen. Dasselbe gilt z. B. auch für Kakaamilch. Für Kontinen bleibt die Steuerpflicht bestehen, wenn auch das Getränk mitgenommen und in anderen Räumen verzehet wird. Getränke hingegen, die der Steuerpflichtige, also der Wirt, selbst zum eigenen Verbrauch an Ort und Stelle entnimmt, und auch die Getränke, die an Angestellte des Betriebes (Kellner, Seriviermädchen usw.) als Teil eines Lohnes abgegeben werden, sind steuerfrei. Pfennigbruchteile werden natürlich nach oben abgerundet.

Das Bier unterliegt, wie schon erwähnt, in der Gemeindeviersteuer auch einer Besteuerung, die in einer am 27. November d. J. erlassenen und gleichfalls auf die Verordnung des Reichspräsidenten zurückgehenden Steuerordnung festgesetzt worden ist. Danach beträgt die Gemeindeviersteuer für Einfachbier 2,50 M., für Schankbier 3,75 M., für Vollbier 5 M. und für Starbier 7,50 M. je Hektoliter. Der Biertrinker kann sich also je nach Qualität und Menge, die er verzehet, ausrechnen, wieviel sein Wirt an Steuern zahlen muß. Bei einem zweieinhalb Hektoliter Schankbier würde das nur einen Pfennig Steuer ausmachen.

Dieser neuen Steuer wird es gehen wie allen Steuern: Man wird über sie schimpfen und wird sie verdammen, aber man sollte nicht die Begründung unbeachtet lassen, die der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin der Steuer gegeben hat. Es heißt in seinem Erlass vom 27. November: Die Genehmigung dieser Steuerordnung ist erfolgt mit Rücksicht auf die Belastung der Stadt Berlin mit Wohlfahrtslasten in außerordentlichem Umfang. Es steht also fest, daß jeder, der ein Getränk in einer Gastwirtschaft zu sich nimmt, mit seinen paar Pfennigen Steuern die Not derer lindern hilft, die mit ihren Angehörigen am Rand der Verzweiflung stehen. Diese Lasten werden für manchen die neue unliebsame und auch wohl unbedeutsame Steuer erträglich, zum mindesten aber verständlich machen.

versuchte sich in interessanten Lichtstudien. Das beste sind die Plastiken. Allen voran Hermann Nonnenmachers „Job“, „Abschied“ und „Rhythmus der Arbeit“; Tina Halm-Wentlicher mit einem Kopf der Dürer; Fritz Röhl mit einem Kragenpaar und Rudolf Taubert mit einem Mandrill. Die Ausstellung ist täglich bis zum 28. Dezember unentgeltlich geöffnet.

Funkwinkel.

Auf der Versuchsbühne gelangt am Sonntag nachmittag ein interessantes Hörspielexperiment zur Ausführung. Das Stück heißt „Stimmen im Kampf“ und hat Hermann Wilhelm zum Verfasser. Es handelt sich um folgendes: Bei den aufstretenden Personen soll nicht das, was sie tun, sondern das, was sie denken, zur Darstellung kommen. Zeitlupeaufnahmen ins Sprachliche übertragen. Zwei Leute spielen in diesem Stück Tennis und geben ihre Empfindungen, ihren sich überschneidenden Gedanken Ausdruck. Die Welt der Darstellung ist also das Gehirn des Menschen, in dem die Erscheinungen geschehen werden. Problematisch wirkt, daß hier nicht eine einheitliche Welt gestaltet wird, sondern zwei entgegengesetzte. Hat dieses Experiment Aussicht auf Verwendung? Kaum. Wenigstens nicht als neue Form der Spielhandlung. Es sei denn, daß man überhaupt nur die Gedanken darstellen will und nicht die gewöhnlichen Reden und Unterhaltungen, von denen man erst auf die Gedanken schließen kann. Anders liegt der Fall, wenn die Handlung überhaupt nur in der Erinnerung oder als gegenwärtiges Erlebnis im Hirn eines einzelnen abläuft. Dies könnte einmal als Hörspielstoff gewählt werden. — Ganzig findet in den Mittagsstunden unter Otto Selbergs Leitung ein vorzügliches Orchesterkonzert. Weber und Schubert erfahren eine klare, sachgemäße Ausdeutung, die nur dem Werk dienen will. Auch die Provinz besitzt gute Orchester und Dirigenten. Eine halbe Stunde zeigt die hohe Künstlerkraft des Geigers Henry Marteau.

Der Vortrag „Eine Wanderung durch deutsche Malerateliers“, den Staatssekretär a. D. Heinrich Schulz am Montag im Berliner Sender hielt, beschränkt sich nicht allein auf eine interessierende Schilderung, nicht allein auf den Hinweis auf die Deutsche Kunstgemeinschaft, er deckt vielmehr die soziale Lage der deutschen bildenden Künstler auf, die sich von Tag zu Tag verschlimmert. Es fehlen die Abnahmefähigkeiten. Schulz gibt in diesem Rahmen gleichzeitig eine Kritik an der Gegenwart, an ihrer Zivilisation der Oberfläche. — Relierend die Jugendstunde. Helius Reimann liest eigene Kindergedichte, spielerisch geistreiche und mit Witz geladene Sätzchen, leicht und grazios geformt, naiv und auch ironisch, jeden erfreuend und von einem Reiz des Vortrags gesprochen. Das „Musikalische Magazin“, von vornherein eine begrüßenswerte Einrichtung des Rundfunks, beweist immer mehr seine Tadelnsberechtigung. Streichquartette, Ballettkompositionen und Opernfragmente stehen diesmal auf dem Programm. Es sind Stücke, die in Berlin noch nicht aufgeführt worden sind. Bieten sie auch kein abgerundetes Bild, so vermitteln sie wenigstens einen ungefähren Eindruck von dem Stilwillen des Komponisten und von den Strömungen in der internationalen Musik. Die Veranstaltung „Balladen in Wort und Musik“ gibt nicht wie sonst, allgemein Bekanntes. Rudolf Kretsch, ein ausdrucksstarker Sprecher mit ausgeprägtem Gefühl für Rhythmus, spricht neuere Dichtungen, die das moderne Leben in die Form der Ballade zwingen wollen.

F. Sch.

Wieder Nazihorden im Westen.

Auf Kollendorplatz und Wittenbergplatz.

In den gestrigen Abendstunden war der Kollendorplatz wieder wie am Sonntagabend von nationalsozialistischen Horden dicht umlagert. Da der Verkehr unter allen Umständen aufrecht erhalten werden mußte, konnten die Demonstranten von der Schutzpolizei nur immer truppweise abgedrängt werden. Schließlich gelang es den Polizeibeamten, den ganzen Platz rundherum abzusperren.

Vom Kollendorplatz zogen die Massen, die zu 90 Proz. aus Jugendlichen, zum Teil sogar aus reinen Jungen bestanden, ungehindert hinüber zum Wittenbergplatz, wo sich Geobels sogar seinen getreuen Untertanen zeigen und eine wüste Heerde halten durfte. Natürlich gab es auch hier Geschrei, Gebrüll und Drohungen. Die Polizei mußte sich darauf beschränken, einige der Ungehörigsten festzunehmen. Die anderen verzogen sich zu Bier und Schnaps in ihre Kneipen.

Im Theater selbst verliefen beide Vorstellungen ruhig vor ausverkauften Häusern.

Wintergarten

Das Weihnachtsprogramm des Wintergartens amiel richtige Feststimmung. Allen voran marschiert Alex Hyde mit seinem zwölf musikalischen Damen. Alle dreizehn haben einen Rhythmus im Reibe, daß man Luft bekommt, mit ihnen zu musizieren, zu singen, zu tanzen. Hyde selbst versteht sich nicht nur auf Jazz, sondern auch auf seriöse Musik. Tchaikowskis Ouvertüre 1812 wird mit rauschendem Beifall aufgenommen. Die vier Karrens stellen wohl das Großartigste und Unwahrscheinlichste dar, was in dem plötzlch wieder ganz modern gewordenen Schlängenmenschenat gezeigt wird. Bei diesen Glieberverteilungen kann man kaum glauben, daß es noch Menschen mit normalem Knochenbau sind. Das bekannte Medini-Tris zeigt einen großartigen Leiterakt. Hanni Garden ist wieder gekommen; sie heißt nicht nur die Venus des Varietés, sie weiß das auch nur zu gut. Aber es ist ein Genuß, den eleganten gemessenen Bewegungen dieses schönen Körpers am Trapez zu folgen. Die zwei amüsanten Lindgrens bieten höchst komische Rollschuhrobotik. Catalini fährt wild und toll mit einem Motorrod auf rasend rollender Scheibe. Katscha und Maxon tanzen sehr eindrucksvoll und beherzt Tango. Willi Schaeffers und Hugo Fischer-Köppe kommen mit einem lustigen Stuck, dem Schaeffers ein kleines Satirspiel vorausgehen läßt. Alles in allem ein Augen- und Ohrenschmaus. Man ist versucht zu sagen: Ein solches Variété befriedet und befriedigt den Menschen von heute mehr als das Theater.

Achtung, Naturkunde! Touristenverein „Die Naturfreunde“! Max Gottschar ist freiwillig aus dem Leben geschieden. Die Beerbianna findet am Dienstag, 14 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof Brieflesung statt. Um rege Teilnahme wird gebeten. Abfahrtszeit ab Lehrter Hauptbahnhof 12.02 bis Finkenkrug.

Auch Sie müssen sich schützen gegen Grippe, Halsentzündung und Erkältung. Lagelange Arbeitsunfähigkeit, Wiederkehren, Fieber usw. sind gefährliche Folgen der Nachlässigkeit. Jeder ist gleichermäßen der Grippegefahr und Ansteckung ausgelegt. Schützen Sie sich durch Panflavin-Pastillen (Uridinilumderivat).

Die Zuckerpreise herunter!

Zuckerwirtschaft — schlechte Wirtschaft! — Mehr als 125 Millionen Ausfuhrverlust.

Die Sozialdemokratie hat im Reichstag ein Initiativgesetz für eine Zuckerpreislenkung um 3 Mark eingbracht.

Die Novemberfrage des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie gibt ein erschütterndes Bild von der Zuckerwirtschaft des laufenden Jahres 1930/31 (1. September bis 31. August): die voraussichtliche Produktion übersteigt den Verbrauch des Jahres 1929/30 um nicht weniger als 40 Proz., oder anders ausgedrückt: für 29 Proz. der ganzen Produktion gibt es auf dem deutschen Markt keinen Absatz. Damit ist das eingetreten, was die Sozialdemokratie bei der Zuckerzollerhöhung und der dabei erfolgten Höchstpreisfestlegung vorausgesagt hat:

der zu hohe Preis hat eine Verbrauchssteigerung verhindert,

so daß die Vorräte (etwa 2,5 bis 3 Mill. Doppelzentner) nicht verschwunden, sondern größer geworden sind; auf der anderen Seite war der hohe Preis ein starker Anreiz zur Ausdehnung des Rübenbaus. Die Anbaufläche war am kleinsten im Jahre 1922/23 mit 332.000 Hektar; sie ist dann von Jahr zu Jahr gewachsen:

1927/28	406 000 Hektar
1928/29	429 000 "
1929/30	433 900 "
1930/31	467 200 "

Stärker also noch als in den Vorjahren, nämlich um 33.300 Hektar oder um 7,68 Proz., war die Zunahme im laufenden Jahr.

Mit dieser starken Ausdehnung der Anbaufläche trifft zusammen eine Rübenenernte, die den besten der Vorkriegszeit nicht nachsteht. Der Ertrag pro Hektar stieg gegenüber dem Vorjahre von 276 auf 323 Doppelzentner Rüben, so daß die Gesamtmenge der geernteten Rüben um nicht weniger als 27 Proz., von 119,37 auf 151,03 Mill. Doppelzentner gestiegen ist. Nur dem geringeren Zuckergehalt der Rüben dieses Jahres, der eine Ausbeute von nur 15,32 gegen 16,38 Proz. im Vorjahre gestattete, ist es zu danken, daß der Ueberfluß nicht noch katastrophaler wird.

Da der Verbrauch im Jahre 1929/30 nur 16,54 Mill. Doppelzentner betrug, hat die „Ausfuhrvereinbarung“, der sämtliche deutsche Zuckerfabriken angehören, beschlossen, 25 Proz., also ein volles Viertel der Produktion, auszuführen.

Der Ausfuhrverlust belastet jeden im Inland verzehrten Zentner Zucker mit 4,35 Mark.

Diese Ausfuhr ist nur unter größten Verlusten möglich, da der Weltmarktpreis für einen Zentner Verbrauchszucker zur Zeit etwa 6,50 Mark, der deutsche Inlandspreis aber (ohne Steuer und Sach) 19,50 Mark beträgt (der Höchstpreis der angeblich nur gerade die Inkosten deckt, ist 20,50 Mark). Ausfuhrnachweise über die erfolgte Zuckerausfuhr werden an den Börsen mit 10,80 Mark für einen Zentner Rohzucker gehandelt; auszuführen sind mindestens 5,82 Mill. Doppelzentner Rohzucker, so daß sich der Ausfuhrverlust auf mindestens 125,71 Mill. Mark beläuft. Dieser Verlust bedeutet für jeden im Inland verzehrten Zentner Verbrauchszucker eine Belastung von sage und schreibe 4,35 Mark. Eine verrückte Wirtschaft!

Dabei ist der Verbrauch vom Preis abhängig!

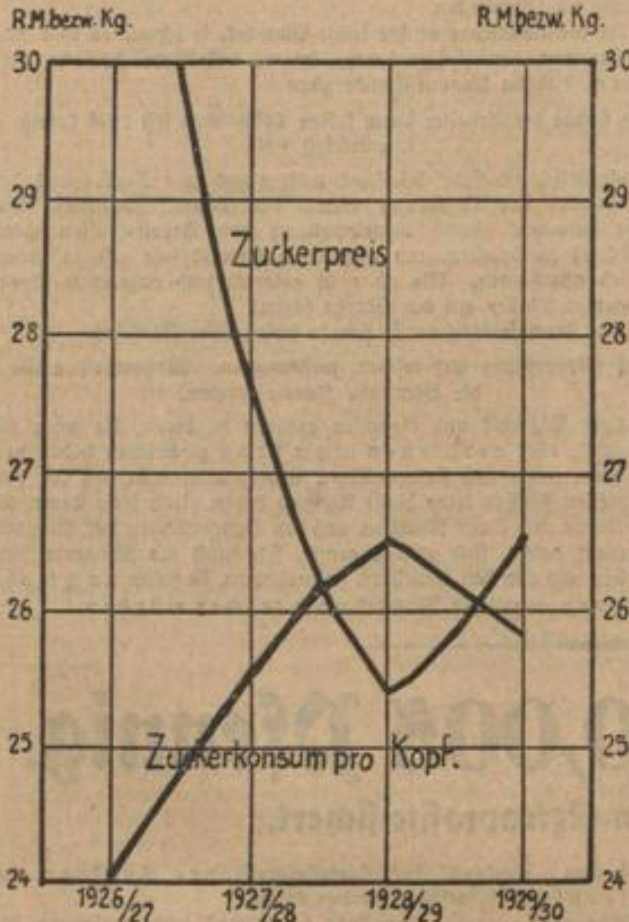
Sum Beweis ein paar Zahlen:

	Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung	Durchschnittspreis
1926/27	24,11 kg	32,67 RM.**)
1927/28	25,67 "	28,65 "
1928/29	26,50 "	25,40 "
1929/30	25,79 "	26,59 "

*) Davon Steuer und Sach = 4,75 Mark

**) Die Preislenkung von 1926/27 zu 1927/28 erklärt sich aus der Halbierung der Zuckersteuer; Steuer und Sach = 11 Mark.

Selbst die Zuckerindustriellen sollten aus diesen Zahlen ersehen können, daß der Verbrauch stieg, solange der Preis fiel, daß der Verbrauch sofort zurückging (1929/30), als der Preis erhöht wurde. Zucker ist eben ein Nahrungsmittel, das nicht ganz so lebensnotwendig ist, wie etwa Brot und dessen Verbrauch sehr stark vom Preis und vom Einkommen der Konsumenten abhängt.



Wäre der Zuckerverbrauch in Deutschland nur annähernd so hoch wie in anderen Kulturländern (Dänemark = 56, Vereinigte Staaten = 55, England = 45 Kilogramm), nicht ein Zentner Zucker brauchte ausgeführt zu werden.

Was aber tut die Zuckerindustrie?

Sie beschloß im Oktober, zur Zeit des offiziellen Preisabbaus, eine Lieferstopp für Zucker, um den Preis allmählich erhöhen zu können, da er ja noch eine Mark unter dem Höchstpreis stehe (als wenn die Festsetzung eines Höchstpreises die moralische Verpflichtung in sich schließt, ihn nicht zu unterbieten). Die Folgen einer Preiserhöhung sind aber klar: Weiterer Verbrauchsrückgang, erhöhte Ausfuhr, erhöhte Ausfuhrverluste!

Diese Art Zuckerwirtschaft darf nicht weitergehen. Sie ist reine Mißwirtschaft. Um den Verbrauch anzuregen und die Verluste zu beseitigen, kann und soll der Zuckerpreis um mindestens 3 Mark gesenkt werden. Aber die Unternehmer rufen nach dem Staat, damit er ihre Mißwirtschaft noch „planwirtschaftlich“ regelt.

Verlustwirtschaft im Ruhrbergbau?

Falsche Bergherrenrechnung — Eine Lohnsenkung ist überflüssig!

Die Bergbauunternehmer des Ruhrbergbaues versuchen immer wieder der Öffentlichkeit plausibel zu machen, daß im Ruhrbergbau mit Verlust gearbeitet werde, und deshalb die Löhne gesenkt werden müßten. Das „S.-Uhr.-Abendblatt“ vom 25. November brachte Äußerungen des Vorsitzenden des Zechenverbandes und leitenden Direktors der Gruppe Dortmund der Vereinigten Stahlwerke, Herrn Dr. Brandt. Herr Dr. Brandt erklärt, daß die

Herabsetzung der Kohlenpreise ab 1. Dezember für die Industrie nur tragbar sei.

wenn es gelinge die Selbstkosten zu senken. Die Senkung sei aber nur durch einen Abbau der Löhne möglich. Der Lohnanteil betrage, wie bekannt, immer noch 65 Prozent der gesamten Selbstkosten.

Der einzelne Bergmann, so behauptet Herr Dr. Brandt, habe wohl Verständnis für die Forderung der Unternehmer, die Löhne um mindestens 10 Prozent zu senken. Nur die bösen Gewerkschaften würden wieder mit ihren alten Argumenten kommen, wonach im Ruhrbergbau neben den Abschreibungen immer noch ein Gewinn — vor der ab 1. Dezember eingetretenen Preisermäßigung — von 4,50 Mark je Tonne erzielt worden sei.

Die Bergarbeiter werden angeführt ihres fargen Einkommens über Brandts Behauptung den Kopf schütteln.

Run müßte es den Bergwerksunternehmern ein leichtes sein, das Material der Gewerkschaften dadurch zu entkräften, daß sie ihm die tatsächlichen Selbstkosten und Erlöse gegenüberstellen. Selbstverständlich brauchte das nicht öffentlich zu geschehen. Das lehnen sie aber bis jetzt hartnäckig ab. Statt dessen versuchen sie durch aufgemachte Rechnungen das Material der Gegenseite zu entkräften.

Herrn Brandts falsche Behauptung.

Eine solche Rechnung bringt auch Herr Dr. Brandt. Er führt an, daß die Gewerkschaften mit 9 Mark Arbeitskosten je Tonne rechneten, die Unternehmer mit etwa 10,20 Mark je Tonne. Er will aber die 9 Mark als Höhe unterstellen, um nicht auf Einzel-

heiten einzugehen. Nun behauptet Herr Dr. Brandt fälschlich, die Gewerkschaften rechneten den bisherigen Fördertohlenpreis von 16,80 Mark als Erlös, das sei auch falsch. Die Herren vom Kohlenyndikat würden bei Besprechung des Preisproblems das schon auseinandersehen.

Die Herren vom Kohlenyndikat werden sich hüten, das zu tun, weil sie wissen, daß der Fördertohlenpreis von 16,80 Mark von den Gewerkschaften niemals angenommen worden ist, und Herr Dr. Brandt mußte das genau so gut wissen.

Herr Dr. Brandt rechnet nun folgendermaßen: 9 Mark Arbeitskosten plus 4,50 Mark Gewinn = 13,50 Mark, Erlös 16,80 Mark. Für Abschreibungen, Materialien, Dampf und Strom, Steuern und Frachten, allgemeine Inkosten verbleiben dann nur noch 3,39 Mark. Nach Schmalenbach müßten 1,74 Mark abgeschrieben werden, die Materialien würden von den Gewerkschaften selbst mit 2,50 Mark errechnet. Wenn die Rechnung der Gewerkschaften richtig wäre, dann müßte ein Erlös von 18,20 Mark erzielt werden.

Zu den Erlösen ist zu sagen, daß Herr Brandt die Nebenprodukte vollständig außer acht läßt. Bei den Berechnungen der Gewerkschaften sind sie einbezogen.

Im Gegensatz zu Herrn Dr. Brandt sind wir jetzt gezwungen, auf Einzelheiten einzugehen. Die folgende Selbstkostenrechnung baut sich auf die Arbeitskosten auf, die, wie Dr. Brandt selbst angibt, 65 Proz. der gesamten Selbstkosten betragen. Ueber die Arbeitskosten kann es einen Streit eigentlich nicht geben, weil dafür genaue Unterlagen vorhanden sind.

Der Schichtförderanteil das ist das Leistungsergebnis je Mann und Schicht, hat im August dieses Jahres, berechnet auf verwertbare Förderung, 1352 Kilogramm betragen. Davon sind für Zechenselftverbrauch und Deputatlohn 9 Proz. abzusetzen, dann verbleibt ein Schichtförderanteil, berechnet auf abschließige Förderung von 1250 Kilogramm. Der Durchschnittsarbeiter verdient der Gesamtbelegschaft ohne Nebenbetriebe hat im August 9,06 Mark betragen. Für Gehälter sind 16 Proz. des Lohnanteils eingesezt. An Urlaubsvorgütung ist der Durchschnittslohn des letzten

Urlaubsjahres von 0,25 Mark je Tonne, wie er sich aus der amtlichen Statistik ergibt, eingesezt. Die Versicherungsbeiträge der Arbeitgeber betragen je Tonne 1 Mark. Es ergibt sich

folgende richtige Rechnung je Tonne:

Durchschnittslohn 9,06 Mark · 1000	— Lohnanteil 7,25 Mark je Tonne
(Schichtförderanteil) 1250	
Gehälter 16 Proz. des Lohnanteils	1,16
Versicherungsbeiträge der Arbeitgeber	1,—
Urlaubsvorgütung	0,25
Arbeitskosten	9,66 Mark je Tonne

Die Arbeitskosten betragen wie gesagt 65 Proz. der gesamten Selbstkosten $\frac{9,66 \text{ Mark} \cdot 100}{65} = 14,86 \text{ Mark je Tonne}$.

Das sind die Selbstkosten für den Durchschnitt des gesamten Reviers. Die Berechnungen der Gewerkschaften und der Unternehmer bei den Lohnverhandlungen im September bezogen sich aber nicht auf das gesamte Revier, sondern auf die drei von Schmalenbach im Jahre 1928 untersuchten Zechengruppen. Bei diesen beträgt der Schichtförderanteil aber mindestens 1430 Kilogramm auf verwertbare Förderung, abzüglich 9 Proz. Zechenselftverbrauch und Deputate ergibt 1301 Kilogramm auf abschließige Förderung. Die Löhne sind bei diesen Werken nicht höher als der Gesamtdurchschnitt. Hier ergibt sich demnach folgendes Bild:

Durchschnittslohn je Schicht 9,06 Mark · 1000	— Lohnanteil 6,96 Mark
(Schichtförderanteil) 1301	
Gehälter 16 Proz. des Lohnanteils	1,11
Versicherungsbeiträge der Arbeitgeber	1,—
Urlaubsvorgütung	0,20
Arbeitskosten	9,27 Mark

Die gesamten Selbstkosten betragen demnach: $\frac{9,27 \text{ Mark} \cdot 100}{65} = 14,26 \text{ Mark}$.

Gegen diese Feststellung werden Einwendungen nicht erhoben werden können. Hiernach bleibt für die drei von Schmalenbach damals untersuchten Zechengruppen ein Gewinn von ungefähr 2 Mark je Tonne Kohle einschließlich Koks.

Nicht erfasst sind aber die Gewinne aus den Nebenprodukten. Diese kommen zu den ungefähr 2 Mark hinzu. Hierzu bemerken wir nur, daß die Preise für Benzol seit der Untersuchung durch die Schmalenbach-Kommission ganz erheblich gestiegen sind, während die Gesehtungskosten ganz bestimmt nicht gestiegen sind. Gefallen sind allerdings die Teerpreise. Das wiegt jedoch die Steigerung der Benzolpreise nicht auf.

Es ergibt sich also einwandfrei, daß die Senkung der Kohlenpreise ohne Abbau der Löhne getragen werden kann.

Alb. Martmüller.

Der neue Zementblock.

Auf der Generalversammlung der Schlesiichen Portlandzementindustrie A.-G., eines der größten deutschen Zementkonzerne, wurde der Interessengemeinschaftsvertrag mit dem führenden süddeutschen Konzern der Portlandzementwerke A.-G., Heidelberg-Rannheim-Stuttgart, genehmigt. Der Vertrag, der im Grunde weit über den Rahmen einer üblichen Interessengemeinschaft hinausgeht und neben enger personeller Bindung die Abschlusspolitik der beiden großen Konzerne auf eine gemeinsame Linie bringt, hat zur Zusammenfassung von rund 32 Proz. der gesamten deutschen Zementproduktion geführt. Der Vorsitzende unterstrich auf der Generalversammlung noch einmal den Zweck des Zusammengehens, das im Hinblick auf die drohende Sprengung der Zementyndikate ein Gegengewicht gegen die dann bevorstehenden Kämpfe um den Markt bilden sollte. Zugleich wurde mitgeteilt, daß die gleichfalls vom schlesiichen Konzern kontrollierte Adler-Zementwerke A.-G. umgestellt werden soll und das zur Zeit stillliegende Venaer Werk dieser Gesellschaft modernisiert werden wird.

Erhöhte Mengenumfänge der Warenhäuser. Starker Rückgang des wertmäßigen Umsatzes im Oktober.

Der Rückgang der wertmäßigen Umsätze bei den Warenhäusern, der von Januar bis September etwa 3,8 Proz. gegenüber dem Vorjahr ausmachte, hat sich im Oktober mit einem Rückgang von 8,4 Proz. erheblich gesteigert. Allerdings waren auch die Preise bei den Warenhäusern erheblich zurückgegangen und stellten sich bei Bekleidung gegenüber dem Oktober 1929 um 7,1 Proz., bei Herren- und Anabenkleidung um 8,4 Proz., bei Frauen- und Mädchenkleidung um 7,7 Proz. und bei der Ernährung um 9,3 Proz. niedriger. Wie die Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser hierzu feststellt, geht der Preisrückgang offenbar über das Sinken des wertmäßigen Umsatzes bei den Warenhäusern hinaus, so daß eine Steigerung des Mengenumsatzes angenommen werden kann.

Besonders groß war das Steigen der Umsatzen in den Lebensmittelabteilungen. Hier ging der Umsatz im Oktober trotz des Preisrückganges wertmäßig um 7,6 Proz. über den Stand des Vorjahres hinaus. Dagegen blieben die Umsätze in der Gruppe Bekleidung im Oktober um 12 Proz. und in den zehn Monaten des laufenden Jahres zusammen um 6 Proz. hinter der gleichen Zeit von 1929 zurück.

Hochkonjunktur im Ericsson-Konzern.

Der große schwedische Telephonkonzern E. M. Ericsson errichtet in Stockholm eine neue Telephonfabrik, in der etwa 8000 Arbeiter beschäftigt werden sollen. Der Neubau hat sich notwendig gemacht, um jetzt schon vorliegenden und den noch zu erwartenden großen Aufträgen, insbesondere von auswärts, nachzukommen zu sein. Die Vermutung, daß die Ericsson-Gesellschaft dadurch, daß Ivar Kreuger, der Beherrscher des internationalen Zündholzgeschäfts, sie unter seine Kontrolle gebracht hat, ihre Finanzkraft gewaltig verstärken und ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den anderen großen Schwachstromgesellschaften bedeutend heben würde, hat sich also bestätigt. Erst vor kurzem hat Ericsson das Kapital von 60 auf 100 Millionen Kronen erhöht, erst im Juli wurde eine andauernde Zunahmeder Aufträge mitgeteilt, und die Verwaltung sagte, „von der Depression sei nichts zu merken, die Aussichten seien weiter gut und Bestellungen für ein Jahr vorhanden, Preisrückgänge seien nicht zu verspüren“. Auch die zahlreichen ausländischen Tochtergesellschaften der Ericsson-Gesellschaft sind vollbeschäftigt und konnten 1930 ihre Gewinne vielfach erhöhen.

Platzschef am Kreuz.

„Wir müssen uns wieder großhungern.“

Generaldirektor Platzschef in Halle, einer der mächtigsten Männer im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, ist bekannt als Scharfmacher. In einem ausführlichen Referat, das er gestern vor Vertretern der Presse und des Parlaments über die wirtschaftliche Lage im Braunkohlenbergbau hielt, hat er jedoch sich selbst und seine wilden Forderungen übertrieben. Nach Platzschef hätte „die frischfröhliche Schiedsrichter des Arbeitsministeriums die wirtschaftsfeindliche Hege in der Öffentlichkeit,

die den Unternehmer in den letzten Jahren täglich ans Kreuz schlug,

anspie und durch den Sakao zog“, die Krise in Deutschland so ungemein verschärft.

Platzschef, der Herr des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues, der Millionen geschäftelt hat und noch schneffelt, als Märtyrer am Kreuz!

Wäre die jetzige Lage nicht so bitter ernst, dann könnte man über einen derartigen Unfug nur ein Hohngelächter anstimmen.

Wie die ganze Wirtschaft pfeift nach Herrn Platzschef auch der Braunkohlenbergbau in Mitteldeutschland „auf dem letzten Loch“. Die Förderung Ende November 1930 gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres sei um 18 Proz., die Britenproduktion um 21 Proz. und der Absatz sogar um 27 Proz. zurückgegangen. Dagegen wären die Britenproduktion von 125 000 auf 1,7 Millionen Tonnen angestiegen. Die Abgabe der Stadt Berlin lägen in diesem Winter um 500 000 Tonnen niedriger als im Vorjahr.

Dah auch der Braunkohlenbergbau die allgemeine Krise zu spüren bekommt, wissen vor allem die Braunkohlearbeiter. Die Industriellen aber pfeifen längst nicht auf dem letzten Loch. Die großen Braunkohlkonzerne haben in ihren Abzügen für 1929 und auch für 1929/30 Bombengewinne erzielt. Die Braunkohlindustriellen haben eine vierjährige Sonderkonjunktur hinter sich, in der sie, wie kaum eine zweite Industrie in Deutschland, Zeit ansehen konnten. Um nur einige ganz wenige Beispiele herauszugreifen, hat

der „Ifse“-Konzern seit 1925 rund 40 Millionen neu in seine Anlagen gesteckt, der Dubsig-Konzern rund 23 Millionen. Beide Unternehmen haben diese riesigen Summen aus tausenden Betriebsgewinnen gezahlt.

Ein schlagender Beweis, in welchem Maße von den Großkonzernen im Braunkohlenbergbau die Kapitalbildung forciert wurde, in einer Zeit, wo sie als Märtyrer am Kreuz hingen!

Die Leistungen der Arbeiterkraft sind nach Platzschef angeblich nur um 36 Proz. seit 1913 gestiegen, während die Löhne sich in der gleichen Zeit um 88 Proz. erhöht hätten. Die Zahlen sind ebenso richtig wie das Märtyrertum Platzschefs. Bei dem Riebeck-Rontan-Konzern, der Grube Ifse und der Dubsig sind in der genannten Zeit Leistungssteigerungen in doppelter Höhe festzustellen.

In der Lohnfrage mußte selbst Platzschef, so schwer es ihm auch fiel, die von den Unternehmern immer bestrittene Tatsache zugeben, daß im Braunkohlenbergbau

die Löhne der Arbeiter durch kalten Lohnabbau seit 1928 bereits abgebrockelt sind.

Natürlich ist Herr Platzschef auch gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit. Die Regierung könne den Braunkohlindustriellen „nicht zumuten“, durch Reueinstellung von Arbeiterkräften ihren Sozialetat zu belasten, um ungelernete Erwerbslose erst in ihrem Betrieb anzulernen. Als ob nicht gelernte und angelernte Bergarbeiter in Massen auf der Straße lägen!

Das deutsche Volk müsse sich, so schloß Herr Platzschef,

auf altpreussische Art wieder großhungern. Mehrarbeit müsse die öffentliche Parole werden.

Herr Platzschef und Genossen gehören zu denen, die zwar nie gehungert, aber verdienen immer groß geschrieben haben und bei ihrem sechs- und siebenstelligen Jahreseinkommen von der Not der breiten Massen keine blasse Ahnung haben. Und diese Leute, die ihre Macht und ihren Reichtum auf den Hungerlöhnen der Kumpels aufgebaut haben, sind zynisch genug, sich selbst als Märtyrer hinzustellen und von den Arbeitern zu verlangen, sie sollen noch mehr hungern, damit die Platzschef noch reicher würden.

die Kohle 1300 bis 1700 Kronen je Tonne, nach Wien wird sie — für 855 bis 990 Kronen verkauft!

In Polen ist auf den erheblichen Aufschwung 1929 auch ein Abstieg erfolgt. Der Lohn sank um 1,5 Proz., die Lebenshaltungskosten gingen um 14 Proz. zurück. Feierschichten gleichen diesen Vorteil aber aus. In Oesterreich herrscht schwere Krise, viel Feierschichten. Im Erzbergbau verdienen die Beschäftigten weniger als Arbeitslose erhalten. Auch in Belgien zeigt sich eine Verschlechterung. Anfang 1930 betrug die Halbenbestände die Produktion von vier Tagen, heute von 25 Tagen. Der Lohn wurde 1929 bis zu 10 Proz. über den Tariflohn erhöht, 1930 wurde er teilweise bis auf den Tariflohn abgebaut. Holland steigerte 1930 seine Produktion auf 12 Millionen Tonnen (Inlandsverbrauch 13 Millionen Tonnen). Eine fünfprozentige Lohnzulage im Jahre 1929 wurde in Etappen abgebaut.

Coal-England gab im Verlauf der Verhandlungen eine ausführliche Darstellung über den Streit in England, in dem in mehr als der Hälfte der Reviere eine Verletzung der Entscheidung um drei Monate, in den anderen um 14 Tage erzielt wurde.

Auch in Frankreich machen sich Krisenangelegenheiten bemerkbar. Stellenweise werden Feierschichten eingesetzt; die Halbenbestände steigen. In den Eisenerzgruben wird nur vier Tage in der Woche gearbeitet. Den französischen Bergarbeitern ist es gelungen, durch ein Urlaubsabkommen zum erstmalig bezahlten Urlaub für die Bergleute in Höhe von drei bis sechs Tagen zu erreichen.

Aus Schweden wurde berichtet, daß die dortige Eisenerzindustrie schwer unter den Verhältnissen in Deutschland und Amerika leidet. 20 Proz. der Eisenerzbergleute sind arbeitslos. Gearbeitet wird nur fünf Tage. Demnächst sollen nur vier Tage in der Woche gearbeitet werden.

Das Komitee bedauerte, daß es dem Völkerverbund noch immer nicht gelungen ist, eine internationale Verständigung herbeizuführen, auf welche die Bergarbeiterinternationale seit Jahren gedrängt hat. Andererseits ist dem Komitee zur Kenntnis gelangt, daß die englische Regierung beabsichtigt, eine Konferenz bestimmter Kohle produzierender Länder einzuberufen, um über die Fragen des internationalen Bergbaues zu beraten. Zu diesem Plan wird das Komitee Stellung nehmen. Es erklärt aber jetzt schon, daß es keine internationale Konferenz als befriedigend betrachtet, auf der die Arbeiter nicht vertreten sind.

Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau.

Auch hier droht verschärfter Lohnabbau.

Bochum, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Am 10. Dezember begannen im Ruhrbergbau die Lohnverhandlungen. Dazu schreibt das Organ des freigewerkschaftlichen Bergbauindustriearbeiterverbandes, daß eine Lohnsenkung wirtschaftlich nicht zu begründen sei. Der Ruhrbergbau sei durchaus rentabel. Aber die Regierung wolle gar nicht eine ernstliche Feststellung der Rentabilitätsverhältnisse im Ruhrbergbau. Ihre Parole heiße Lohnsenkung, der jede Vernunft geopfert werde. Ein Gewinn von über 4 Mark pro Tonne Kohle an der Ruhr rechtfertige keinen Lohnabbau, insbesondere nicht angesichts der Tatsache, daß pro Kopf der Belegschaft fast 1,5 Tonnen je Schicht gefördert würden.

Am 14. Dezember will die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ im ganzen Ruhrgebiet große Kundgebungen und Demonstrationen für die Streikmobilisierung der Bergarbeiter veranstalten. Diese Kundgebungen beabsichtigt man mit Aufmärschen der „Erwerbslosenstaffeln“ zu verbinden. Am 24. Dezember, abends zwischen 19 und 21 Uhr, sollen die Demonstrationen mit großen „Hungerkundgebungen“ in allen Orten des Ruhrgebietes, die „nach Möglichkeit in den Bourgeoisienvierteln“ abgehalten werden sollen, ihren Höhepunkt erreichen. Die „Stammmärsche“ am 14. Dezember und die Kundgebungen am Weihnachtstag sollen unter allen Umständen durchgeführt werden, auch wenn polizeiliche Verbote erfolgen sollten. Für die Zeit vom 14. bis 24. Dezember ist für die Erwerbslosenstaffeln bereits „Bezirksstafelsturm“ verkündet worden.

Die A.B.D. tut zwar nichts für die Verstärkung der Abwehr und alles für die Spaltung, über den Mißbrauch mit den Arbeitslosen kann sie nicht lassen.

Bolle-Verhandlungen vertagt.

Gestern nachmittag wurde vor dem Schlichter über den Antrag der Direktion der Meierei Bolle verhandelt, den Schlichterspruch des Schlichtungsausschusses für verbindlich zu erklären, der ab 5. Januar einen Abbau der Löhne familiärer Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Meierei Bolle um 5 bis 6 Proz. vorsieht. Nach dreieinhalbstündiger Dauer wurden die Verhandlungen auf heute vormittag um 10 Uhr vertagt.

Legitbarone Nordfrankreichs provozieren.

Paris, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Die sozialistische Legitbarone Nordfrankreichs hat am Sonntag in einer Generalsammlung in Lille einstimmig beschlossen, den Generalkrieg zu proklamieren. Der Beschluß ist darauf zurückzuführen, daß sich die Unternehmer weigern, die noch dem Nullstreik vereinbarten Abmachungen im einzelnen genau durchzuführen. Bevor der Generalkrieg proklamiert wird, werden die Gewerkschaften nochmals wie im Juli die Vermittlung des französischen Arbeitsministers anrufen. Scheitert dieser Versuch, dann ist mit dem Generalkrieg zu rechnen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Dienstag, 19. Uhr, tagen die Gruppen: **Ergebnis:** Gruppenleiter, Schule Willenbrucher, 33-34 (Vortragszimmer). Unsere Mühsal gestalten den Abend aus. — **Spontane:** Gruppenleiter, Elitz, Jugendheim, Lindenauer 1. Die Jungen gestalten den Abend aus. — **Revolutionäre Arbeiter:** Elitz, Jugendheim Lindenauer Str. 18. Vortrag: „Proletarische Revolution“. — **Widerstand:** Jugendheim Poststr. 25. Vortrag: „Die Wirkung des Alkohol auf die menschlichen Organe“. — **Revolutionäre Jugend:** Jugendheim Guntersberg 44. Vortrag: „Alkohol und Arbeit“. — **Antikom:** Gruppenheim Tannberg, Kottbuscher Str. 4. Vortrag: „Kartellrecht und Schlichtungsgesetz“. — **Gewerkschaftsopposition:** Gruppenheim Engelstr. 34-35. Cant 11 des Arbeiterbundesverbandes, Tannberg, Sonntagabend: „Wortum bin ich in der 1931“. — **Schönheits:** Jugendheim Lindenauer Str. 1. Die Besuden die Gruppe Schönheits. — **Widerstand:** Jugendheim Willenbrucher, 3. Die Red in Charlottenburg. — **Offener:** Jugendheim Willenbrucher, Tannberg 44. Kantstr. Vortrag: „Das Arbeitslosenunterstützungsgesetz“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anwesensten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Widerstand:** Jugendheim, Schulstr. 18-19. Gruppenleiterbesprechung. — **Widerstand:** Jugendheim Guntersberg 44. Gruppenleiterbesprechung. — **Ergebnis:** und **Spontane:** Gruppenleiter, Sonntagabend 19. Uhr in der Turnhalle der Schule Kottbuscher Str. 20. Vortrag: „Die Weltmann“. — **Revolutionäre Arbeiter:** Lindenauer Str. 18. Vortrag: „Die Weltmann“. — **Revolutionäre Arbeiter:** Lindenauer Str. 18. Vortrag: „Die Weltmann“. — **Revolutionäre Arbeiter:** Lindenauer Str. 18. Vortrag: „Die Weltmann“.

Plaza-Preisaußerschreiben. Verleiher vom 7. Dezember 1930 sind: **Han,** Kirchhofstr. 19; **R. Reumann,** Burgtheaterstr. 28; **Verl. Willenbrucher,** Schulstr. 18.

Preissenkung um 0,005 Pfennig.

Wie man den Unternehmern Extraprofite sichert.

Die Berliner Kartoffelgroßhändler hatten in der Aussprache im Reichsarbeitsministerium, die der Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit des Lohnstarifes vorausging, gegen diese Maßnahme ebenso protestiert wie die Gewerkschaftsvertreter. Gestern ist aber der Disserverwaltung des Gesamtverbandes vom Verein der Kartoffelgroßhändler zu Berlin G. A. ein Schreiben zugegangen, worin es anlässlich der Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit u. a. heißt:

„Der Begründung, die der Reichsarbeitsminister gab, schließen wir uns in vollem Umfange an. Leider ist durch die Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung für die organisierten Arbeitnehmer und Arbeitgeber

ein unhaltbarer Zustand geschaffen worden,

und zwar dadurch, daß durch die nichtorganisierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Unterbietung auf dem Arbeitsmarkt sowie auf dem Kartoffelmarkt sich ergeben muß. Wir bitten daher höflichst, zur Aenderung des Schiedspruches vom 18. Oktober 1929 um eine Verhandlung, andernfalls wir uns gezwungen sehen, den Schlichtungsausschuss anzurufen.“

Der Gesamtverband wird natürlich jede Verhandlung über eine Aenderung des geltenden Tarifvertrages ablehnen. Die Kartoffelgroßhändler spekulieren aber anscheinend darauf, daß der Reichsarbeitsminister einen Eingriff in das Tarifrecht vornimmt, wozu er freilich ein neues Gesetz schaffen müßte. Eine solche Maßnahme würde das Tarifvertrags- und Schlichtungswesen auf den Kopf stellen.

Den ganzen Unfug dieser „Preissenkungssaktion“ des Reichsarbeitsministers offenbart ein Recheneispiel, das auch sehr leicht im Reichsarbeitsministerium gemacht werden kann. Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich betrug der Verbrauch an Kartoffeln für menschliche und tierische Ernährung sowie für gewerbliche Zwecke in Deutschland im Jahresdurchschnitt 1927/28 pro Kopf der Bevölkerung rund 500 Kilogramm oder 10 Zentner. Das wäre pro Kopf der Bevölkerung ein Tagesverbrauch von etwa 2 1/2 Pfund Kartoffeln. Nimmt man pro Kopf der Bevölkerung in Berlin nur einen Tagesverbrauch von 1 Pfund Kartoffeln an, da der Berliner ein starker Stauwasserer ist, eine andere Verwendung der Kartoffeln hier nicht ins Gewicht fällt, so ergibt sich für die 4 1/2 Millionen Köpfe zählende Bevölkerung Berlins ein

Jahresverbrauch an Kartoffeln von mehr als 15 1/2 Millionen Zentner.

Mit der Kartoffelversorgung Berlins werden, wie von uns schon mitgeteilt wurde, in der Hochsaison vom 1. Oktober bis 30. November rund 300 Arbeiter und in der übrigen Zeit etwa 175 bis 200 Stammarbeiter beschäftigt. Die Stammarbeiter erhalten einen Bruttowochenlohn von 68 Mark, wozu in der Saison ein Zuschlag von 7 Mark pro Woche kommt. Die rund 100 Ausschichtarbeiter, die nur tage- oder stundenweise beschäftigt werden, erhalten 1,60 Mark Stundenlohn. Wenn 200 Stammarbeiter ununterbrochen 43 Wochen lang mit einem Bruttowochenlohn von 68 Mark, neun Wochen mit einem Lohn von 75 Mark beschäftigt werden, so ergibt das eine jährliche Lohnsumme von 719 800 Mark. Hierzu kommt die Bezahlung von 100 Ausschichtarbeitern während neun Wochen. Bei täglich achtstündiger Beschäftigung, die aber selten einer dieser Gelegenheitsarbeiter aufzumeifen hat, entfallen außerdem auf diese Arbeiter noch 69 120 Mark Lohnkosten.

Die gesamte jährliche Lohnsumme beträgt demnach 788 920 Mark, wofür etwa 15 1/2 Millionen Zentner Kartoffeln aus den Waggon entladen und zu den Abnehmern gefahren werden. In einem Zentner Kartoffeln stecken also 5 Pfennig Arbeitslohn.

Da der Reichsarbeitsminister mit der Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit die Löhne der Arbeiter des Kartoffelgroßhandels und damit auch die Kartoffelpreise senken will, müßten die Arbeiter des Kartoffelgroßhandels auf diese Bezahlung gänzlich verzichten,

damit eine „Senkung“ der Kartoffelpreise pro Zentner um 5 Pfennig herbeigeführt werden könnte.

Rum wird so wohl auch Herr Stegerwald nicht verlangen, die Arbeiter sollen gratis arbeiten. Er dachte wahrscheinlich an die nun schon übliche Lohnsenkung von 6 bis 8 Prozent. Gesezt den Fall, die Löhne würden sogar um 10 Prozent gesenkt, so ergäbe das eine „Verbilligung“ der Kartoffeln von

einem halben Pfennig pro Zentner oder 0,005 Pfennig pro Pfund.

Was würde mit einer derartigen „Senkung der Selbstkosten“ geschehen? Sie würde dahin wandern, wo bisher die wesentlich bedeutenderen Senkungen der Selbstkosten durch Rationalisierung und Rohstoffverbilligung gewandert sind. Denn 10 Prozent einer jährlichen Gesamtlohnsumme von 780 000 Mark sind immerhin 78 000 Mark. Die würden die Kartoffelgroßhändler in ihre Taschen verschwinden lassen. Es würde eine Anzahl lebensunfähiger Betriebe sanieren, andere unwirtschaftliche Betriebe würden neu gegründet werden. Das ist auch die Erklärung für die phantastisch anmutende Tatsache, daß es im Jahre 1929 trotz der Krise über 17 000 Unternehmungen in der Industrie mehr gab als 1928. Die Kaufkraft wird gesenkt, der Absatz geht zurück, aber die Gewinne steigen. Die Arbeiterkraft, die Konsumenten und der Staat zahlen die Kosten.

Mit der Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit des Lohnstarifes im Berliner Kartoffelgroßhandel beschäftigten sich am Sonntag die Arbeiter in einer gut besuchten Versammlung im Gewerkschaftshaus. Genosse Kugel vom Gesamtverband wies an den Artikeln des „Vorwärts“ und anderem Tatsachenmaterial nach, daß durch die Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit eine Senkung der Kartoffelpreise gar nicht eintreten könne. Der Reichsarbeitsminister hätte eine dankbarere Aufgabe erfüllt, wenn er sich einmal um die Arbeitszeit im Berliner Kartoffelgroßhandel gekümmert hätte. Der Tarifvertrag sieht für die Kraftfahrer und Kutscher innerhalb zehn Stunden und bei den Arbeitern innerhalb neun Stunden acht Stunden reine Arbeitszeit vor. Die übrige Zeit entfällt auf Pausen, Pferdepflege, Wartezeit auf den Bahnhöfen usw. In Wirklichkeit ist aber eine siebenstündige Arbeitszeit die Regel. Bei einem Bruttowochenlohn von 68 Mark ergibt sich dann ein Stundenlohn von 97 Pfennig, wobei noch zu beachten ist, daß die Arbeiter sich fast ausschließlich in Gastwirtschaften befüttern müssen und dafür keine Sonderpreise erhalten.

Die Versammelten vertraten einstimmig die Auffassung, daß durch das Reichsarbeitsministerium ganz einseitig für die unorganisierten Kartoffelgroßhändler Partei ergriffen worden sei, um ihnen die Möglichkeit zu geben, die Löhne ihrer Arbeiter abzubauen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschliessung an, in der der Gesamtverband beauftragt wird, alle Schritte zu unternehmen, um jeden Lohnraub zu verhindern.

Bergarbeiter in Berlin.

Tagung der Internationale.

In Berlin trat am Montag das Exekutivkomitee der Bergarbeiterinternationale zusammen. Vertreten sind Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Holland, Tschechien, Oesterreich und Schweden.

Die Krise im Bergbau hat sich überall verschärft. Deutschland hat 100 000 Steinkohlenbergleute weniger als Anfang 1930, 10 Millionen Feierschichten seit Januar. Die Produktionsrückgang beträgt bei der Steinkohle 18 Proz. (Ruhr 23 Proz.), Koks 32 Proz., Braunkohle 7 Proz., im Erzbergbau 40 Proz. gegenüber dem Vorjahr. Die Kohlenausfuhr ging um 12 Proz. zurück. Die Tschechoslowakei hatte 2 1/2 Millionen Feierschichten mehr als in den entsprechenden neun Monaten des Vorjahres. Im eigenen Land kostet

Leute zu Tietz: gute und billige Lebensmittel einkaufen!

Preise nur Dienstag und Mittwoch 274 Fleisch und leichtverderbliche Waren sind vom Versand ausgeschlossen. Verkauf soweit Vorrat. Mengenabgabe vorbehalten.

Unsere Lebensmittelabteilungen unterstehen der ständigen Kontrolle und Aufsicht des staatlich anerkannten und vereidigten Lebensmittelchemikers Dr. Lebbin und des Polizeiarztes I. R. A. Hoepfner.

Frisches Fleisch	Obst	Wild und Geflügel	Fische u. Räucherwaren	Backartikel
Suppenfleisch Pfd. von 0,88	Apfelsinen 4 Pfd. 0,85	Gänse frisch geschl. Pfd. von 0,88	*Dorsch Pfd. 0,10	Auszugmehl 100 Pfd. 0,26
Schweinebauch s. Bg. Pfd. 0,90	Mandarinen 3 Pfd. 0,92	Hühner frisch geschl. Pfd. v. 0,88	*Seelachs ohne Kopf Pfd. 0,15	Stadion rot, 2 Pfd. 0,58 3 Pfd. 1,40
Schweineschulterblatt Pfd. 0,94	Haselnüsse Pfd. 0,48	Hirschblättern Pfd. von 0,80	*Rotbars Pfd. 0,15	Rosinen Pfd. 0,44
Schweineschinken Pfd. 0,98	Walnüsse Pfd. 0,44	Hasen geatr. u. ausgew. Pfd. v. 0,85	*Schellfisch ganz, m. Kopf Pfd. 0,15	Korinthen Pfd. von 0,42
Schweinekamm oder Schaft, ohne Beilage Pfd. 1,08	Amerik. Tafeläpfel .. Pfd. 0,38	Kaninchen geatr. u. ausgeworfen. Pfd. 0,95	*Kabeljau l. ganz, o. Kopf Pfd. 0,15	Zitronat Pfd. 1,20
Schweinekotelett Pfd. v. 1,14			*Kalfisch abgezogen Pfd. 0,25	Mandelio Mandelersatz Pfd. 0,55
Kassler mild Pfd. von 1,04	Gemüse	Wurstwaren	*Kabeljaufilet Pfd. 0,30	Kokosraspel Pfd. 0,48
Rückenfilet ohne Schwarte Pfd. 0,78	Rosenkohl 2 Pfd. 0,35	Hausmader-Sülze ... Pfd. 0,68	Roibars geräuchert Pfd. 0,38	Süsse Mandeln ... Pfd. 1,40
Eisbein mit Spitzbäbel, gepekelt Pfd. 0,74	Sellerie 3 Pfd. 0,20	Dampfwurst Pfd. 0,98	Engl. Bücklinge Pfd. von 0,40	Bittere Mandeln ... Pfd. 1,50
Kalbskamm o. Beize, Pfd. 0,78	Rotkohl 3 Pfd. 0,10	Speck fett Pfd. 0,98	Seelachs geräuchert Pfd. 0,40	Blauer Mohr Pfd. 0,42
Kalbsbrust od. Rücken Pfd. 0,88	Weisskohl 3 Pfd. 0,10	Huhn in Reis 1/2 Dose 0,98	Stückenflundern Pfd. 0,40	Kartoffelmehl Pfd. 0,16
Kalbskeule od. gebr. Pfd. 0,98	Wirsingkohl 3 Pfd. 0,10	Zervelat od. Salami Pfd. 1,58	Steinbeisser geräuchert. Pfd. 0,50	Vanille 1/2 Dose 0,18 3/4 Dose 0,35 1 Dose 0,50
Bratwurst Berlin. Art. Pfd. 1,08	Kakao lose Pfd. 0,58		*In allen Häusern außer Andreasstraße	Victoria-Erbsen, Linsen, weisse Bohnen Pfd. 0,18
Schweineköpfe m. Backe, Pfd. 0,44				Backobst Pfd. von 0,45
Rinderbacken m. Knochen, Pfd. 0,58	Margarine	Ausnahme-Angebote LIKÖR	Dänische Butter	Karotten geschlitt. 1/2 Dose 0,28
Euler Pfd. 0,32	Pfd. 0,40	Ingwer, Karibonier, Cherry-Brandy, Curaçao-Orange, sehr gute Qualität, 1/4 Flasche 3,25 10 Flaschen 31,00 mit Flasche	Pfd. 1,68, 1,55	Konsumgemüse aus getrockneten Erbsen 1/2 Dose 0,48
Gefrierfleisch	Bratenschmalz		Molkereibutter	Ananas 700 g 1/2 Dose 0,98
Hammelvorderfl. Pfd. von 0,60	Pfd. 0,70		Pfd. 1,36	Stachelbeeren 1/2 Dose 0,75
Hammelfrücken ... Pfd. 0,70				Junge Erbsen 1/2 Dose 0,68
Suppenfleisch Pfd. von 0,68				
Rinderleber Pfd. 1,18				

Die Zusendung von Lebensmitteln erfolgt bei Bestellungen von M. 5,00 an

Theater, Lichtspiele usw.

Dienstag, 9. 12. Staats-Oper Unter d. Linden 100. A.-V. 19 1/2 Uhr Die Macht des Schicksals Ende g. 22 1/2 Uhr	Dienstag, 9. 12. Städt. Oper Turnus IV 20 Uhr Simone Boccanegra Ende 22 1/2 Uhr
Staats-Oper Am Platz der Republik V.-B. 19 1/2 Uhr Die Zauberflöte Selbst. Karussell Enden. 22 1/2 Uhr	Staatl. Schaurph. (am Gedächtnisth.) 86. A.-V. 20 Uhr Liebe auf dem Lande. 33 Minuten in Grünberg Ende 22 1/2 Uhr
Staatl. Schiller-Theater, Charlthg. 20 Uhr Florian Geyer Ende gegen 22 1/2 Uhr	

Winter Garten

8 1/2 Uhr. Zentr. 2819. Rasches erlaucht.

Alex Hyde u. s. 12 Musical-Ladies
Fischer-Köpfe, Willi Schaeffers
Grete Weiser, Erich Wolff
4 Karreys Carr's und Betty usw

Vollsbühne

Theater am Hildeplatz.
8 Uhr
Die Matrosen von Gattaro
Staatsoper
Am Pl. d. Republik
7 1/2 Uhr
Die Zauberflöte
Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Florian Geyer
Theater am Schindlerdamm
8 1/2 Uhr
Die Quadratur des Kreises

Deutsches Künstler-Theat.

Bärbar. 3837. 8 1/2 Uhr
8 1/2 Uhr
Zum goldenen Anker
mit Käthe Dorsch
Mitt. Sa. Sg. 4 Uhr
Emil u. die Detektive
von M. G. 30 an

Renaissance-Theater

Steinplatz 6780
8 1/2 Uhr
Sonab. 3.30 (halbe Pr.)
Voruntersuchung
von Max Alberg
und O. E. Hesse

Neues Theater

am Zoo
Am Dönh. Zoo, Stg. 6554
Täglich 8 1/2 Uhr
Ich bring dich nur ans Liebe
mit Enny Sturm als Gast.
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr
Sonntag 3 Uhr
Kochel-Dispersche Fahrt ins Märchenland.

GROSSES THEATRALISCHES HAUS

Tägl. 8 Uhr

Im weissen Rössl

Singspiel in vielen Bildern.
Cam. Spira, Hansen, Lieske, Wallburg,
Arno, Jankuhn, Paul Höbiger, Lena,
Schneiders, Winkelstein, Kollis, Deant,
Stark-Gastettenbauer.
Original Tiroler Watschenkauer,
Original Tiroler Jodlerinnen-Quintett,
Musik-Trio aus Schliersee,
Jazz-Band: Girls u. Boys: Grosse Chöre.

Der Zeit entsprechend sind, trotz des riesigen Andranges, er-
die Kassenspreise um 25% mässigt.

Sonntag 3 Uhr Originalbesetzung
Nachmittag 3 Uhr Billige Preise.

Regie: Erik Charell

Am 5. d. M. wurde das stellvertretende Mitglied des Direktoriums der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse

Herr Oberfinanzrat Willy Schwarzkopf

nach kurzer schwerer Krankheit aus einem arbeitsreichen Leben abberufen.
Der Heimgegangene gehörte fast drei Jahrzehnte der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, davon seit dem Jahre 1923 dem Direktorium an.
Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse betrauert in Oberfinanzrat Schwarzkopf einen allzeit bewährten Mitarbeiter von hervorragender Sachkenntnis, hingebender Pflichterfüllung und menschlicher Zuverlässigkeit. Ein dauerndes Gedenken ist dem Dahingegangenen gewiß.

Berlin, den 9. Dezember 1930.

Direktorium
der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse.

SCALA

Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr. 53 Bord. 9250
Tägl. 1-6 M. — Nachm. halbe Preise.
Original 3 Fratellini,
Diganos, Paul Kirkland usw.

Rose-Theater

Gr. Frankfurter Str. 132
Tel. Alex. 3422 u. 3491
8 1/2 Uhr
Der Diener zweier Herren
Die schöne Galathee
Erster Klasse

Lustspielhaus Kurt Götz

Täglich 8 1/2 Uhr
Nokuspokus

Deutsches Theater

8 Uhr
Elisabeth von England
von Ferd. Brückner
Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele

8 1/2 Uhr
Der Diener zweier Herren
von Carlo Goldoni
Regie: Max Reinhardt

Die Komödie

8 1/2 Uhr
Der Schwierige
von Hugo von Hofmannsthal
Regie: Max Reinhardt.

Kleines Theat.

Täglich 8 1/2 Uhr:
Der große Erfolg
Meine Schwester und ich
Musik v. Ben ataky.

Elite-Sänger

Kottbuser Str. 6
F. S. Oberb. 6070
Tägl. 8 1/2 U., auch Sonntag und Feiertag 3 1/2 Uhr

Wei'nachts-glocken

Quer Berlin
Grobes Weihnachts-lesespiel
Tägl. 11-2, Abend. 10 1/2

Pailharmonie

8 Uhr
KONZERT
d. Philharmon. Orch.
Dir. Prof. J. Pröwer
Doppel-Konzert-Bratens (Licht)
(Violon., Buhnenorgel (Licht),
Till Schönlager (L. Strahl)
Eintritt 1 M.

Metropo-Theater

Täglich 8 1/2 Uhr
Schön ist die Welt
Operette von Lehár
Richard Tauber, Gitta Ziper,
Schützendorf.

Arbeiter-Wohlfahrt

Waisenschaftslos

50.

Doppellose 1. RM.
Foto und Liste 30 Pfg. extra

139 874 Gewinne und 2 Prämien im Gesamtwerte von RM.

500 000
Höchstgewinn auf ein Doppellos im Werte von RM.

70 000
Höchstgewinn auf ein Einzellos im Werte von RM.

35 000
2 Hauptgewinne im Werte von je RM.

25 000
2 Hauptgewinne im Werte von je RM.

15 000
u. s. w. u. s. w.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige

Den Mitgliedern am Nachruf, das unter Kollege, der Klempner

Willi Noack

geb. 16. Juni 1883, am 4. Dezember an Nierenleiden gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Dienstag, dem 9. Dezember, 18 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt.
Regie Beteiligung wird erwartet.

Nachruf

Am 2. Dezember starb unser Kollege, der Dreher

Josef Gröger

geb. 4. Juli 1877.
Die Einäscherung hat bereits stattgefunden.

Am 4. Dezember starb an Leberleiden unser Kollege, der Mechaniker

Emil Wengenroth

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Am 30. November starb unser Kollege, der Schloffer

Georg Schmidt

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.
Gute Ihren Anreden!
Die Ortsverwaltung.

CASINO-THEATER

Lothringer Straße 57.

Neul
Der kaudle Lebermann
Dazu das große Feasprogramm

Für die Leser:
Gutschein 1-4 Pers. Pause 1,25 M., Sessel 1,75 M. — Sonntags Preise: Rang 60, Parkett 75 Pfg.

Wir verschleudern, zwecks Einführung! 5000 Zentner Lebkuchen!
Ein großes Riesen- — ca. 10 Pfund — Postpaket (Luxus-Weihnachtspackung) echte feine Nürnberger Lebkuchen, fein sortiert, Dessert-Gebäck usw. zum Spottpreis von nur 6,00 Mark (Nachnahme).
Lebkuchenfabrik Schmidt, Nürnberg (A. 81)

Reichshallen-Theater

Allabendlich 8 und Sonntag, nachm. 5 1/2

Stettiner Sänger

„Pepla vor Gerdu!“
und das andere große Programm!
Nachm. halbe Preise!

Dönhoff-Brett!

Das große Variétéprogramm! Tanz!

Erich Wilde Hans Ross Edgar Kanlach

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Straße 132
Billettkasse: Alex. 3422 und 3494
Täglich 8 1/2, Sonnabends 7 und 16 1/2 Uhr,
Sonntags 2, 5, 8 Uhr

Der Drei-Einakter-Abend
„Diener zweier Herren“
„Die schöne Galathee“
und „Erster Klasse“

Mittwoch 5 Uhr und Sonnabend 4 1/2 Uhr
„Bastelhaus und Quasselgrete“
Weihnachtsknecht von Vicky Baum
Freitag 8 Uhr „Peterchens Mondfahrt“
Unser Weihnachtsprogramm:
1. und 2. Feiertag
3 Uhr: Zum letzten Male
„Familie Hansemann“
5 1/2 Uhr: Zum letzten Male „Kukul“
8 Uhr: „Die Dollarprinzessin“
3. Feiertag
4 1/2 Uhr: „Bastelhaus u. Quasselgrete“
7 u. 10 1/2 Uhr: „Die Dollarprinzessin“
Der Vorverkauf ist eröffnet.

Volkshilfe

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg 5

Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands

Begünstigt rund 2,1 Millionen Versicherte mit 870 Millionen RM. Versicherungssumme, 115 Millionen RM. Vermögen, davon Eigentum der Versicherten:
Über 80 Millionen RM. Prämienreserve,
Über 20 Millionen RM. Gewinnanteile,
zusammen über 100 Millionen RM.
Versicherungsleistungen: 11 Mill. RM. seit November 1923 (Ende der Inflation).

Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen: Berlin 5, 42, Ritterstraße 125, 1; Berlin-Mariendorf, Rathausstraße 93, pt.; Berlin-Köpenick, Bahnhofstraße 24; Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 122; Berlin-Reinickendorf-West, Straße 20, Haus 12 part.; Berlin-Pankow, Gaillardstraße 26; Berlin-Spandau, Göttelestraße 5, pt., oder der Vorstand der Volkshilfe in Hamburg 5, An der Alster 57-61

Glücksbriefe

mit 10 Losen 5 RM.
mit 20 Losen 10 RM.

Sämtliche Gewinne werden auf Wunsch mit 90 Prozent ausbezahlt.
Lose sind zu haben bei den Kreisleitern der Arbeiter-Wohlfahrt, bei der Buchhandlung Dietz, in allen Vorwärts-Expeditionen, bei Wernheim und in allen Geschäften der Konsumgenossenschaft, der Fa. Tietz und Singer.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Trauerfeier meines unergötlichen Mannes

Alfred Schaer

setze ich den Vereingenen der G.V.D., dem Freundesverband und allen übrigen Anwesenden meinen aufrichtigsten Dank.

Witwe Selma Schaer.

Wangrin & Butz

Elektr. Licht-, Kraft- u. Klingelanlagen
Konzess. für sämtl. elektrische Werke

E3 Bin.-Neukölln E3
Hohrechtstr. 59-60
Telephon: Neukölln 5157

Statt Karten.

Allen denen, die uns beim Helmgange meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Wirtschänlers

Hermann Bütow

liebevolle Teilnahme erwiesen haben, wie auch den vielen Vereingenen und den Kollegen des Wirtschänlerverbandes, die ihm das letzte Geleit geben, möchten wir hiermit unseren herzlichsten Dank aussprechen

Frau Hulda Bütow
geb. Ruppel und Rindler